



100 Jahre Frauenwahlrecht. Demokratie der Zukunft – nur mit uns!

3. Münchner Frauenkonferenz

Konferenzbericht, 30. November 2018



~~2018~~
1918



**100 Jahre Frauenwahlrecht.
Demokratie der Zukunft –
nur mit uns!**

3. Münchner Frauenkonferenz
Konferenzbericht, 30. November 2018,
Rathaus, Landeshauptstadt München

Impressum

Herausgeberin Landeshauptstadt München
Gleichstellungsstelle für Frauen
Marienplatz 8, 80331 München
Telefon (089) 233-92465
Telefax (089) 233-24005
gst@muenchen.de
www.muenchen.de/gst

Verantwortlich Nicole Lassal, Gst
Marion Bär, Gst

Redaktion Andrea Naica-Loebell,
Journalistin und Autorin
Marion Bär, Gst

Fotos Marion Vogel und
Barbara Donaubauer

Gestaltung Wolfgang Gebhard
:Visuelle Kommunikation,
Beate Groß

Druck Stadtkanzlei
Gedruckt auf Papier
aus 100 % Recyclingpapier

München, Juni 2019

Vorwort

Das Team

der Gleichstellungsstelle für Frauen



Liebe Leser_innen, die 3. Münchner Frauenkonferenz „100 Jahre Frauen- wahlrecht. Demokra- tie der Zukunft – nur mit uns!“

fand am 30. November 2018 statt – ein denk-
würdiges Datum, bewusst gewählt, denn am
30. November 1918 trat das Reichswahlgesetz
in Kraft, mit dem Frauen in Deutschland
erstmals das aktive und passive Wahlrecht
zugestanden wurde – Jahrzehnte nach einem
mühsamen Kampf!

Heute, 100 Jahre später, haben Frauen zwar
das Wahlrecht, sind aber in der Politik nach wie
vor stark unterrepräsentiert. Was bedeutet das
für eine Demokratie, wenn die Mehrheit der
Bevölkerung nicht einmal zu einem Drittel in den
Parlamenten vertreten ist, um politische Gestal-
tungsmacht auszuüben? Welche Strukturen
behindern eine gleichberechtigte Teilhabe? Wel-
che Forderungen dazu gibt es? Engagieren sich
Frauen lieber auf anderen Ebenen? Wie und zu
welchen Themen beteiligen sich Frauen am poli-
tischen Geschehen? Und wie verhandeln wir in
diesem Zusammenhang neue und fortbestehen-
de Herausforderungen im Zusammenspiel von
Geschlecht, Herkunft, sexueller Identität, Alter,
Hautfarbe, Religion und Behinderung?

Fragen, die uns veranlassen haben, im Rahmen
des Jubiläumsjahres zum Frauenwahlrecht eine
Reihe von Veranstaltungen und Maßnahmen
durchzuführen.

Da es uns ein Anliegen ist, dass Frauen ihr Wahl-
recht auch nutzen, haben wir zur Bundestags-
wahl 2017 und zur Bayerischen Landtagswahl
2018 unsere Informationsbroschüren „Frauen
haben die Wahl“ herausgegeben und für die
Europawahl 2019 ein Informationspaket auf
unserer Internetseite bereitgestellt.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2018
organisierten wir gemeinsam mit den DGB-Frau-
en und dem Stadtbund Münchner Frauenverbän-
de die Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
„Macht_Frau_Politik“ zum Thema Parité in den
Parlamenten.

Da wir uns die Situation in München genauer
anschauen wollten, haben wir die Studie
„Wählen und Gestalten – Motivationen und Ein-
stellungen von Münchner Frauen zu politischer
Mitwirkung und Wahlen“ beim Schäuble Institut
für Sozialforschung in Auftrag gegeben, die
dann auch auf der 3. Münchner Frauenkonferenz
vorgestellt wurde.

Ziel der Konferenz war es, die genannten
Fragestellungen im Rahmen von Vorträgen,
Arbeitsforen und Diskussionsrunden vielseitig
zu thematisieren, Erfahrungen zu sammeln und
auszutauschen, Kooperationen und Netzwerke
zu knüpfen, Engagement und Mut für frauen-
politische Arbeit zu intensivieren. Vielen Dank
an alle, die als Referentin, Moderatorin, Diskussi-
onsteilnehmerin oder überhaupt durch ihre Mit-
hilfe zum Gelingen beigetragen haben! Viel Spaß
gemacht hat uns die großartige Kampagne „Wer
braucht Feminismus“, der Auftritt von Brigitte
Hobmeier als Rosa Kempf und der musikalische
Ausklang mit dem Lesbenchor Melodiva. Wir
hoffen, Sie finden von all dem etwas in dieser
Dokumentation!

N. Lassal

Nicole Lassal,
Gleichstellungsbeauftragte
der Landeshauptstadt München

Inhalt

Impressum

2 Vorwort

4 Eröffnung Nicole Lassal

6 Grußwort Christine Strobl 3. Bürgermeisterin der Stadt München und Schirmpatin der Veranstaltung

10 Vortrag „Der Kampf um das Frauenwahlrecht aus historischer Sicht und seine Bedeutung für die Zukunft“ Dr. Kerstin Wolff, Historikerin

22 „Wenn ich mich in diesem Saal umsehe ...“ Brigitte Hobmeier als Rosa Kempf

26 Präsentation der Studie „Wählen und Gestalten – Motivationen und Einstellungen von Münchner Frauen zu politischer Mitwirkung und Wahlen“ Ingegerd Schäuble und Oranna Erb (Schäuble Institut für Sozialforschung)

30 Diskussionsforen

32 Forum 1 Verein, Blog, Flashmob Frauenpolitisches Engagement heute Fishbowl-Diskussion mit Julia Jäckel (Podcasterin, Bloggerin), Christiane Kern (DGB München), Laura Meschede (Slutwalk), Nushin Rawanmehr (Frauen der Welt), Sibylle Stotz (Autonomes Feministisches Forum), Christa Weigl- Schneider (Stadtbund Münchner Frauenverbände), Tamina Zarif (Afghanische Frauen) und einem Statement der deGfotzerten Moderation: Barbara Streidl (Frauenstudien München)

Frankierstempel der
Stadt München zu
„100 Jahre Frauen-
wahlrecht“



38 Forum 2 Über Demokratie und das Wechseln von Windeln Eine gleichstellungspolitische Reise in mehreren Stationen durch Geschichte und Gegenwart der Care-Debatten von und mit Ute Elbracht (Institut für Zeitgeschichte) und Birgit Erbe (Frauen- akademie München) an den Stationen: Miriam Höfner (wissenschaftliche Mitarbeiterin), Prof. Dr. Maria S. Rerrich (Soziologin), Sandra Storf (Sozialpädagogin), Sirilya Dorothee von Gagern (Aktivistin), Anne Dahmke (Aktivistin), Ute Elbracht (siehe oben), Sabrina Schmitt (wissenschaftliche Mitarbeiterin)

42 Forum 3 Frau_Macht_Politik Warum dominieren noch immer Männer die Politik? Diskussion mit Cécile Weidhofer (EAF, Berlin) und den Münchner Politikerinnen Gülseren Demirel (Bündnis90/Die Grünen), Tina Pickert (CSU) und Micky Wennigatz (SPD) Moderation: Brigitte Theile (Bayerischer Rundfunk)

46 Forum 4 Den Wind aus den Segeln! Feministische Strategien gegen anti-demokratische Bewegungen Einschätzung der politischen Lage und Diskus- sion erfolgreicher Strategien mit Lydia Dietrich (Münchner Aufruf), Jasmin Mittag (Wer braucht Feminismus?), Oona Valarie Serbest (Fiftitu% und Frauenlandretten Österreich) Moderation: Zara Pfeiffer (Gst)

50 Forum 5 „Wählen und Gestalten“ Perspektiven kommunaler Beteiligung und frauenpolitischer Themen in München Diskussion der Studienergebnisse und Entwicklung kommunaler Handlungsoptionen mit Ingegerd Schäuble und Oranna Erb

54 Podiumsdiskussion „Frauenpolitische Perspektiven auf Demokratie und Beteiligung“ Podiumsteilnehmerinnen: Bettina Messinger (Stadträtin München SPD), Liebe Liers (Netzwerkfrauen Bayern), Sabine Holm (LesbenSalon), Nesrin Gül (Migrationsbeirat München) Moderation: Prof. Dr. Angela Koch (Kunsthochschule Linz)

60 Ausklang Melodiva Lesbenchor

62 Links

Eröffnung

Nicole Lassal
Gleichstellungsstelle
für Frauen

**Moderation
Sarah Bergh**
Bergh Kultur- und
Kunstprojekte



„Heraus mit dem Frauenstimmrecht!“ –

lautete die Forderung Anfang des letzten Jahrhunderts von weltweit über einer Million Frauen, die in Deutschland vor genau 100 Jahren mit dem Inkrafttreten des Reichswahlgesetzes erfüllt wurde. Für die Gleichstellungsstelle für Frauen der Stadt München ist dieses Jubiläum Anlass zur 3. Münchner Frauenkonferenz. Die Münchner Frauenkonferenzen haben sich zu bundesweit geschätzten Austauschplattformen zu Themen der Frauengleichstellung entwickelt.

Wir starteten 2013 unter dem Titel „next_generation“ mit einer Analyse der historischen und aktuellen Perspektiven der verschiedenen Frauenbewegungen. 2016 wurde in einer zweitägigen internationalen Konferenz die Verteilung der öffentlichen Finanzen unter dem Titel „Haushalt fair teilen“ praxisnah an der kommunalen Realität thematisiert. Heute stellen wir im Laufe des Tages aktuelle Fragen zur Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen und zur Durchsetzungsfähigkeit von Frauenpolitik.

Frauen- und Mädchenrechte wurden und werden innerhalb und außerhalb der Parlamente erstritten. In München hat das Eintreten für Entgeltgleichheit, gegen Gewalt, gegen Sexismus, für Gleichberechtigung und vieles mehr eine lange Tradition. Münchens Frauen und Mädchen beteiligen sich am politischen Geschehen in Aktionsbündnissen und Beiräten, in Vereinen und autonomen Gruppen, im Stadtrat und den Bezirksausschüssen, im öffentlichen Raum, bei Demonstrationen oder im Netz. Dieses feministische Engagement findet auch seinen Ausdruck in dem großem Interesse an dieser Konferenz, das uns überwältigt hat.

Aus der Perspektive von 100 Jahren Frauenwahlrecht werden wir im Laufe des Tages die Entwicklung in Gesetzgebung, Rechtsprechung sowie der gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen bilanzieren und die Lücke zwischen der formalen und realen Gleichberechtigung innerhalb der politischen Prozesse vermessen.

So viel kann ich vorausschicken: Frauen- und Mädchenrechte sind immer noch keine Selbstverständlichkeit und müssen in unserem demokratischen System auch heute noch erkämpft und durchgesetzt werden. Deswegen ist unser heutiges Motto: „Demokratie der Zukunft – nur mit uns!“ eine frauenpolitische Forderung und ein Aufruf an alle Frauen, sich zu beteiligen.

Mit der heutigen Veranstaltung setzen wir dazu Impulse. An dieser Stelle möchten wir uns bei Stadtrat und Stadtspitze bedanken, die uns die entsprechenden Möglichkeiten und Mittel zur Verfügung gestellt haben.



Ankommen



Grußwort

Christine Strobl

3. Bürgermeisterin der Stadt München und Schirmpatin der Veranstaltung



Auch 100 Jahre nach der Einführung des Wahlrechts sind wir weit von der Parität in Parlamenten entfernt. Hinzu kommt, dass der Frauenanteil in allen Parteien unter 50 Prozent liegt, allerdings gilt: Je höher der Frauenanteil in der Partei, desto höher die Zahl der Abgeordneten.



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer,

heute vor 100 Jahren – am 30. November 1918 trat das Reichswahlgesetz in Kraft: Frauen erhielten das aktive und das passive Wahlrecht. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde Frauen – nur weil sie Frauen waren – dieses grundlegende demokratische Recht mit aller Gewalt verwehrt.

Um genau zu sein feiern wir heute mit der Einführung des Frauenwahlrechts die Einführung des allgemeinen, freien und gleichen Wahlrechts. Bis dahin galt ein privilegiertes Recht auf der Grundlage von Ungleichheit, das die Hälfte der Bevölkerung qua Geburt von politischer Teilhabe ausgeschlossen hat.

Es hat in Deutschland eine Revolution gebraucht, um dieses Unrecht zu beenden. Mit der Revolution wurde die zentrale Forderung der Frauenbewegung umgesetzt. Mit Hilfe von Eingaben und Versammlungen, Demonstrationen und Veröffentlichungen hatten Frauenrechtlerinnen und Feministinnen, bürgerliche Frauen und Arbeiterinnen, Sozialistinnen, Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen jahrelang für das Recht zu wählen und gewählt zu werden gekämpft. Es waren Frauen wie Anita Augspurg, Marie Stritt, Helene Stöcker, Lily Braun, Lida Gustava Heymann, Constanze Halgarten, Gabriele Krätzer, Sarah Sonja Lerch, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Rosa Kempf, Tonie Pfülf und viele andere mehr.

Die Einführung des Frauenwahlrechts ist nur ein Meilenstein in einer langen Reihe von Rechten, die sich Frauen im Laufe der Geschichte erkämpft haben: Der Zugang zu Bildung, das Recht sich politisch zu organisieren, das Recht auf freie Berufswahl, das Recht über den eigenen Körper zu bestimmen. Keines dieser Rechte wurde den Frauen geschenkt – damals nicht und heute auch nicht. Die Frauenrechtlerinnen, auf deren Schultern wir heute stehen, haben sie errungen, und es ist unsere Verantwortung, die Gleichstellung weiter voranzubringen.

Fast 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ist eine Frau Bundeskanzlerin, steht an der Spitze der SPD Andrea Nahles, und die Bundeswehr wird von Ursula von der Leyen befehligt. Seit den Tagen, als ihnen noch mit dem Verweis auf ihre „Natur“ das (aktive) Frauenstimmrecht und das passive Wahlrecht vorenthalten wurden, haben Frauen bzw. die Frauenbewegung viel erreicht.

Heute ist allerdings der Frauenanteil im deutschen Bundestag so niedrig wie seit knapp 20 Jahren nicht mehr, in dem einen oder anderen Landesparlament ist zurzeit weniger als ein Viertel der Abgeordneten weiblich, und auch Bürgermeisterinnen sind eine verschwindende Minderheit. Auch deshalb wird in Deutschland über Quotenregelungen und ein Parité-Gesetz diskutiert.

Zwar stammt das folgende Zitat aus dem Jahr 1981, aber es trifft immer noch zu:

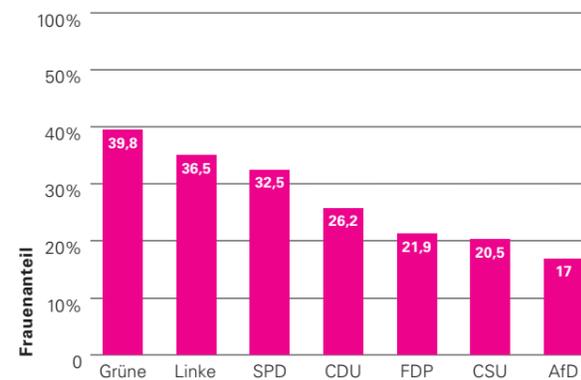
„Die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in den Parlamenten ist doch schlicht Verfassungsbruch in Permanenz.“

Elisabeth Selbert

Repräsentanz in den Parlamenten ist enorm wichtig, aber natürlich auch die Meinungsbildung in den Parteien. Ich persönlich gehöre übrigens einer kleinen Minderheit an. In Städten über 100.000 Einwohner beträgt der Anteil der Bürgermeisterinnen gerade mal 10,1 Prozent. Natürlich hängt dies ebenso wie das Engagement in Parteien mit Arbeitsstrukturen, patriarchalen Hierarchien und Anforderungsprofilen zusammen. Über dies muss man auch diskutieren. Und auch darüber, dass Frauen nicht immer Politik für Frauen machen.

Wir wissen alle: Frauen haben nicht immer dieselben Anliegen, nur weil sie das gleiche Geschlecht haben. Und Frauen sind deshalb auch nicht automatisch immer gleicher Meinung. Frauen sind in allen Parteien vertreten, wenn auch in deutlich unterschiedlichem Ausmaß. Und diese Parteien haben sehr unterschiedliche Analysen und Lösungsansätze für gesellschaftliche Problemlagen.

Anteil der Frauen an den Mitgliedern der politischen Parteien



↗ Web

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien/>

Aber Frauen haben in dieser Gesellschaft tatsächlich gemeinsame identifizierbare Anliegen. Mangelnde Aufstiegschancen, der Gender Pay Gap, Altersarmut, sexuelle Belästigung – um nur einige zu nennen – all das sind Themen, die Frauen in besonderer Weise betreffen.

Nicht alle Frauen kämpfen für Frauenrechte. Und wir können die Verantwortung, die Lebenslagen der Frauen in unsere Gesellschaft zu verbessern, auch nicht allein den Frauen aufbürden. In den Parlamenten sind sie in der Minderheit und dieser Umstand erschwert es ungemein, große Dinge zu bewegen.

Wir dürfen die männlichen Abgeordneten nicht aus der Verantwortung entlassen, die ihnen der Art. 3 Abs. 2 GG auferlegt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Das ist die Aufgabe aller Abgeordneter, gleich welchen Geschlechts.

Aber es gibt zahlreiche Belege dafür, dass Themen und Bedürfnisse von Frauen übersehen, missverstanden und manchmal auch unterdrückt werden, wenn Frauen nicht an den Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Und Frauen werden Themen, die sie besonders betreffen, nur in den politischen Entscheidungsprozess einbringen können, wenn sie mit dem nötigen politischen Gewicht ausgestattet sind.

Aber warum sind die Frauen dann nicht zahlreicher in der Politik vertreten? Wählen Frauen keine Frauen? Oder lassen sich Frauen bei den Wahlen nicht aufstellen? Oder gibt es Strukturen, die politisches Engagement von Frauen behindern? Wie können diese Strukturen verändert werden, um die politische Teilhabe von Frauen zu fördern?



Auch wir als Kommune müssen uns mit Fragen von demokratischer Beteiligung auseinandersetzen, mit dem Ziel, die formale Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, dann müssen wir die Tatsache ernst nehmen, dass wir nicht alle Zielgruppen mit nur einem Zugang erreichen können. Wir benötigen unterschiedliche und passgenaue Instrumente, um vielfältige Beteiligung zu ermöglichen. Ein solches Instrument hat der Münchner Stadtrat vor wenigen Tagen mit Einführung einer Geschlechterquote für die Besetzung von Gremien beschlossen. Mit diesem Beschluss ist die Stadt München Vorreiterin, was mich ganz besonders freut.

Eine der großen demokratischen Herausforderungen für eine Stadt wie München wird zukünftig sicher die Frage sein, wie politische Teilhabe gelingen kann, wenn ein großer Bevölkerungsanteil, rein formal auf Grund der Staatsangehörigkeit von den Wahlen ausgeschlossen ist. Was macht es mit Frauen, die keinen deutschen Pass haben, dass sie in der Stadt, in der sie leben, nicht wählen können? Wie prägt es ihr Sein in der Gesellschaft und ihren Blick auf Demokratie?

Eine andere Herausforderung – die vielleicht weniger offensichtlich ist, aber mindestens genauso drängend – ist die Frage wie ernst wir es meinen, wenn wir politische Teilhabe fordern für diejenigen, denen der Zugang zwar nicht formal, aber aus anderen Gründen erschwert ist, z.B. Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Behinderungen, Frauen ohne Hochschulabschluss.



Welchen Verlust bedeutet es für uns als Gesellschaft und für die Entwicklung unserer Gesellschaft, wenn sich bestimmte Bevölkerungsgruppen in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse nicht mehr einbringen können (oder wollen?).

Und was können wir als Gesellschaft gewinnen, wenn wir uns auf Perspektiven einlassen, die wir bisher noch nicht gedacht haben?

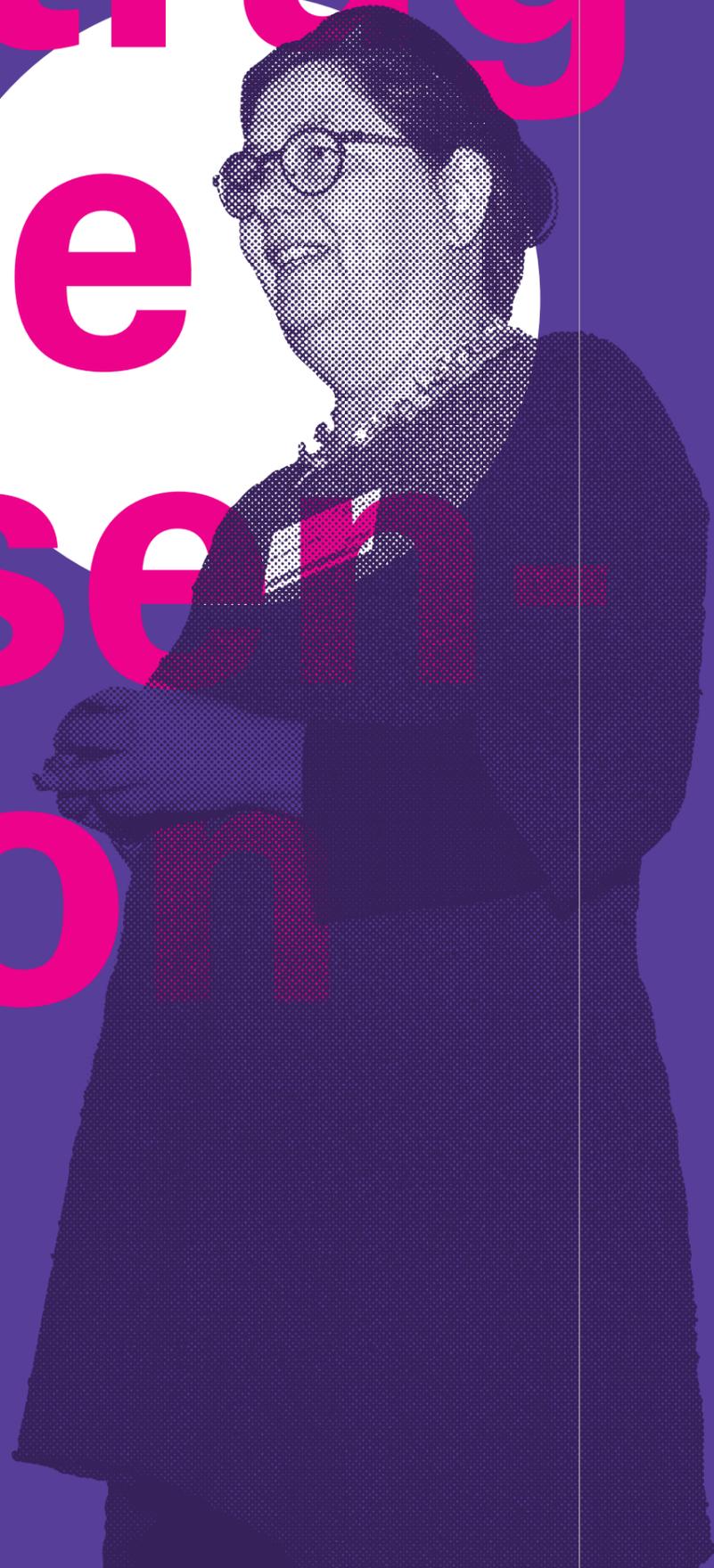
Der vollständige Titel der heutigen Veranstaltung lautet: „100 Jahre Frauenwahlrecht. Demokratie der Zukunft – nur mit uns!“ Wer ist dieses uns? Und wie wollen wir diese Demokratie gestalten? Es ist eine Forderung, die noch mit Leben gefüllt werden darf. Demokratie ist nichts statisches – sie muss immer wieder neu hergestellt werden. Das ist meistens anstrengend und manchmal wunderschön. Ich wünsche uns allen eine gute Konferenz. Ich danke der Gleichstellungsstelle, dass sie uns mit dieser 3. Frauenkonferenz einen Rahmen gibt, diese Fragen gemeinsam zu diskutieren. Ich freue mich auf die Vorträge und Diskussionen und wünsche uns allen eine gute Veranstaltung.



Eröffnung



Vortrag Rede Präsentation



Vortrag
Rede
Präsentation





„Der Kampf um das Frauenwahlrecht aus historischer Sicht und seine Bedeutung für die Zukunft“

Am 12. November 1918 erklärte der Rat der Volksbeauftragten, dass zukünftig „alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften (...) fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen (sind; K.W.)“. Und im Wahlgesetz, welches Ende November 1918 verabschiedet wurde, hieß es: „Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.“ Mit diesen knappen Sätzen hatte dieses Männergremium eine große Wahlrechtsreform auf den Weg gebracht und – wie es scheint – „einfach so“ das Frauenwahlrecht eingeführt.

Die erste reichsweite Wahl, die dann unter diesen Bedingungen durchgeführt wurde, fand am 19. Januar 1919 statt. Hier wurde die verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt; 300 Frauen kandidierten, 37 Frauen wurden schließlich gewählt, dies entsprach einem prozentualen Anteil von ungefähr 9%. Zuvor hatten bereits in einigen Ländern Landtagswahlen stattgefunden: in Baden konnten Frauen erstmals am 5. Januar 1919 und in Württemberg am 12. Januar 1919 ihr Wahlrecht ausüben.

Aus dieser kurzen Episode könnte geschlossen werden, dass den deutschen Frauen das Frauenstimmrecht quasi in den Schoß gefallen ist. Es war anscheinend der Revolution und vor

allem dem Rat der Volksbeauftragten zu verdanken, dass dieses Recht eingeführt wurde. Aber stimmt das denn? Ist denn das Frauenwahlrecht wirklich ein Geschenk der SPD-Männer an alle Frauen? Kam das Frauenstimmrecht denn nur durch die Revolution? Haben die deutschen Frauen nicht auch für dieses Recht gekämpft? Die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland kann nicht nur als Ereignis im November 1918 verstanden werden. Vielmehr ist dieses Datum lediglich eine Etappe auf einem recht langen Weg hin zur Demokratie in Deutschland. Die Geschichte des Frauenwahlrechts muss als Prozess begriffen werden, der ungefähr 100 Jahre vor der Einführung begann und auch 1918/19 nicht vorbei war. Denn, wie wir heute wissen, ist nur durch die Möglichkeit aktiv zu wählen und passiv gewählt zu werden, die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht zu erreichen. Dafür brauchte es wiederum über hundert Jahre und weit mehr als lediglich das Wahlrecht.

„Wahlberechtigt sind alle deutschen
Männer und Frauen, die am Wahltag
das 20. Lebensjahr vollendet haben.“
Wahlgesetz, 1918

Ich möchte Ihnen heute in diesem Vortrag die Geschichte des langen Kampfes um das Frauenstimmrecht erzählen, um damit klar zu machen, dass auch in Deutschland heftig um dieses Recht gekämpft worden war.

Wo aber beginnt dieser Kampf?

Um ein Recht einfordern zu können, muss frau erst einmal verstehen, dass sie überhaupt ein Recht hat und diese Idee findet sich – getragen von einer größeren Gruppe der Bevölkerung –

¹ Als Grundlage des Vortrages siehe: Kerstin Wolff: *Unsere Stimme zählt! Die Geschichte des Deutschen Frauenwahlrechts*, Überlingen 2018.



vor allem in der Französischen Revolution. „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ hieß es hier und die Hoffnungen waren auch bei den Frauen aller Stände groß, dass auch sie unter das Stichwort der Brüderlichkeit fallen würden. Leider hatten sie sich getäuscht. Obwohl auch Frauen die Revolution massiv unterstützten und gerade Frauen aus den städtischen Unterschichten zu Hauptträgerinnen der sogenannten „Brotunruhen“ waren, wurden sie von den männlichen Revolutionären nicht als politisch gleichberechtigt wahrgenommen. Es war vor allem eine Frau, die für ihre selbstbewussten Forderungen sehr bekannt wurde: die Revolutionärin und Schriftstellerin Olympe de Gouges, die sich für die Idee der Frau als Staatsbürgerin einsetzte.

Diese erste Gleichberechtigungsforderung konnte sich im frühen 19. Jahrhundert zwar nicht durchsetzen, aber die Idee einer politischen und auch gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Geschlechter war in der Welt und konnte in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr vollständig unterdrückt werden.

In Deutschland war es dann Louise Otto, die sich in der 1848er Revolution dafür einsetzte, dass die Frauen das politische Stimmrecht erhalten sollten. Die am 26. März 1819 in Meißen als jüngstes Kind des Juristen Fürchtegott Wilhelm Otto und seiner Frau Christiane Charlotte (geb. Matthäi) geborene Louise besuchte zwar eine höhere Mädchenschule, eine höhere Bildung blieb ihr aber verwehrt – mit 14 Jahren musste sie die Schule verlassen. Dank eines frühen Erbes ihrer Eltern war sie weitgehend finanziell unabhängig und strebte den Beruf der Schriftstellerin an.

Die Armut der Arbeiterinnen und Arbeiter und die politisch repressive Stimmung Ende der 1830er Jahre führten dazu, dass die junge Frau anfangs, sich politisch einzumischen. Bereits ihr Gedicht „Die Klöpplerinnen“ erregte Aufsehen. In diesem thematisierte sie die armseligen Arbeitsbedingungen der Heimarbeiterinnen im

Erzgebirge, die sie während einer Reise erlebt hatte. Dem einmal angeschlagenen Ton blieb sie treu und berichtete auch in ihren anderen Texten über das soziale Elend der Arbeiterklasse. Mit diesen Texten geriet sie schon recht früh in Konflikt mit den Zensurbehörden. 1848 in der sogenannten deutschen Revolution nutzte sie ihre öffentliche Bekanntheit und mischte sich

„Wohl auf denn meine Schwestern,
vereinigt Euch mit mir, damit wir nicht
zurückbleiben.“ *Louise Otto*

mit der Adresse eines deutschen Mädchens an den sächsischen Minister Oberländer in die öffentliche Debatte ein und brach eine Lanze für die Rechte von Frauen. Sie engagierte sich zunehmend im Revolutionsgeschehen und ließ sich auch von Hausdurchsuchungen und der Verhaftung ihres Verlobten (August Peters) 1849 nicht von ihrer politischen Meinung abbringen. Im Gegenteil. Durch die Herausgabe der „Frauen-Zeitung“ zwischen 1849 und 1852 zeigte sie überdeutlich, dass sie versuchte, die Revolution auch für eine Ausweitung der weiblichen Rolle zu nutzen. So schrieb sie in der ersten Nummer am 21.4.1849: „Wohl auf denn meine Schwestern, vereinigt Euch mit mir, damit wir nicht zurückbleiben, wo Alle und Alles um uns neben uns vorwärts drängt und kämpft. (...) Wir wollen unseren Theil fordern: das Recht, das Rein-Menschliche in uns in freier Entwicklung aller unserer Kräfte auszubilden, und das Recht der Mündigkeit und Selbständigkeit im Staat.“² Doch auch dieser Ruf verhallte letztendlich unerhört. Die Revolution wurde niedergeschlagen und Louise Otto, die 1858 den Revolutionär August Peters heiratete und sich ab da Louise Otto-Peters nannte, schrieb in den nächsten Jahren für mehrere Zeitungen und veröffentlichte sozialkritische Romane.

² Louise Otto: Programm, in: *Frauen-Zeitung*, Nr. 1, 21.4.1849, S. 1.



1865 dann wagte sie einen neuen Schritt und gründete mit Auguste Schmidt in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Frauenverein (ADF), der zur Keimzelle der organisierten Frauenbewegung wurde. Auch im ADF und in seinem Publikationsorgan „Neue Bahnen“ setzte sich Otto-Peters immer wieder für das Frauenstimmrecht ein.

Den dünnen Faden der Frauenstimmrechtsforderungen nahm dann in den 1870er Jahren eine der wortgewaltigsten und scharfzüngigsten Denkerinnen wieder auf. Hedwig Dohm wurde als Marianne Adelaide Hedwig Jülich am 20. September 1831 geboren und genoss – wie so üblich in dieser Zeit – keine fundierte Schulbildung. Am 21. März 1853 heiratete sie den leitenden Redakteur beim Satireblatt „Kladderatsch“ Wilhelm Friedrich Ernst Dohm und kam durch ihn in Kontakt mit der geistigen Elite der Berliner Gesellschaft. Sie begann zu schreiben und hatte von Anfang an großen Erfolg. Schon die Titel verraten die Richtung ihrer literarischen Passion: „Was Pastoren von den Frauen denken“,

„Die Frauen fordern das Stimmrecht als ihr Recht ...“ aus „Der Frauen Natur und Recht“, 1876

„Der Jesuitismus im Hausstande“, „Die wissenschaftliche Emancipation der Frau“ und „Der Frauen Natur und Recht“ sind ihre Werke überbittelt, die sie mit einem Schlag auch über Berlin hinaus bekannt machten. In ihrem Werk: „Der Frauen Natur und Recht“ aus dem Jahr 1876 widmete sie einen großen Teil der Schrift dem Stimmrecht der Frau. Dieser Text ist ein Fanal für das Wahlrecht, ein auch heute noch gut zu lesender Essay, der mit den Vorurteilen seiner Zeit hart ins Gericht ging.

Dort finden sich Absätze wie dieser: „Die Frauen fordern das Stimmrecht als ihr Recht. Warum soll ich erst beweisen, daß ich ein Recht dazu habe? (...) Der Mann bedarf, um das Stimmrecht

zu üben, eines bestimmten Wohnsitzes, eines bestimmten Alters, eines Besitzes, warum braucht die Frau noch mehr? (...) Die Gesellschaft hat keine Befugniß, mich meines natürlichen politischen Rechts zu berauben, es sei denn, daß dieses Recht sich als unvereinbar erweise mit der Wohlfahrt des Staatslebens. Den Beweis dieses Antagonismus zwischen Staatsleben und Frauenrechten haben wir zu fordern. Man wird uns darauf warten lassen bis zum jüngsten Tag und sich inzwischen auf das Gottesgericht berufen, welches die Frau durch den Mangel eines Bartes als unpolitisches Wesen gekennzeichnet hat.“³

Wie aber sollten Frauen das Wahlrecht erringen? Dazu sagte Dohm ganz konkret: „In jeder größeren Stadt Englands und der Vereinigten Staaten bestehen Stimmrechtsvereine der Frauen. Nicht so in Deutschland. (...) Will die deutsche Frau, das immermüde Dornröschen, ewig schlafen? Erwachet, Deutschlands Frauen, wenn Ihr ein Herz habt zu fühlen die Leiden Eurer Mitschwester und Thränen sie zu beweinen (...). Erwachet, wenn Ihr Grimm genug habt, Eure Erniedrigung zu fühlen und Verstand genug, um die Quellen Eures Elends zu erkennen. Fordert das Stimmrecht, denn nur über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbstständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau. Ohne politische Rechte seid Ihr, Eure Seelen mögen von Mitleid, Güte und Edelsinn überfließen, den ungeheuersten Verbrechen gegenüber, die an Eurem Geschlecht begangen werden, machtlos.“⁴

Spätestens mit diesen Äußerungen der großen Schriftstellerin Hedwig Dohm, war das Thema Frauenstimmrecht weiter in die Öffentlichkeit vorgedrungen, allerdings – und das ist wichtig zu bedenken – fehlte es immer noch an einer Möglichkeit, gemeinsam und organisiert für das Wahlrecht zu kämpfen. Und hier nun betritt die

³ Hedwig Dohm: *Der Frauen Natur und Recht; Kapitel 2: Das Frauenwahlrecht* (<https://gutenberg.spiegel.de/buch/der-frauen-natur-und-recht-4775/3>; Abrufdatum 21.9.2017)

⁴ Ebenda

Frauenbewegung die Bühne der Geschichte. Wie bereits weiter oben berichtet, liegt der Beginn der organisierten Frauenbewegung im Jahr 1865. In Leipzig entstand der erste reichsweit agierende Frauenverein – hunderte folgten nach. Im Zentrum des Interesses dieses ersten Frauen(bildungs)vereins, stand die bürgerliche (Frauen-)Bildung, denn in der mangelnden Ausbildung von Frauen wurde vom ADF zu Recht eines der größten Probleme der Frauenemanzipation aber auch des gesamten Frauenlebens erkannt. Der Zugang zu einer eigenständigen Berufsmöglichkeit stand deshalb am Beginn der bürgerlichen Frauenbewegung. Nach der Reichsgründung im Jahr 1871 kam es erst einmal zu einem kleinen Dämpfer der gemeinsamen Aktivitäten, aber nach der Aufhebung

Arbeitsfelder: Einmal der Kampf um eine verbesserte Mädchen- und Frauenbildung sowie die Öffnung der Universitäten, dann die eigenständige Erwerbs- und Hausarbeit; drittens stand die Frage nach einer neuen Sittlichkeit im Raum, worunter der Kampf gegen die Reglementierung der Prostitution verstanden wurde und viertens das Engagement für eine eigenständige politische Partizipation; sprich das Wahlrecht.

Bereits ab Mitte der 1890er Jahre verfassten einige der damaligen Protagonistinnen wichtige Schriften für ein Frauenstimmrecht, so Helene Lange oder Minna Cauer. Helene Lange, die sich ansonsten stark in Sachen Mädchenschulreform engagierte, sprach sich 1896 für das Wahlrecht der Frau aus. Für sie war klar, dass durch Wahlen



Die Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg, Marie Stritt, Lily von Gizycki, Minna Cauer und Sophia Goudstikker (v.l.n.r.), um 1894 – zu finden im Digitalen Deutschen Frauenarchiv (Atelier Elvira, Wikimedia Commons, gemeinfrei)

der Sozialistengesetze im Jahr 1890 blühten im gesamten deutschen Kaiserreich alternative und reformerische Gesellschaftsentwürfe auf. Seien es die Vegetarier, die Anti-Alkoholbewegung, die Lebensreform oder das Neue Bauen – in den Jahren zwischen 1890 und 1914 gab es einen enormen gesellschaftlichen Mobilisierungsschub.

Aber, Frauen waren als Geschlechtsgruppe von einer politischen Partizipation weitgehend ausgeschlossen. Denn erstens hatten sie kein Wahlrecht und zweitens, waren in einigen Bundesländern des Wilhelminischen Kaiserreiches Vereinsgesetze in Kraft, die Frauen ausdrücklich untersagten, sich politisch zu betätigen. War eine Frau Mitglied in einem Verein, der politische Themen behandelte, konnte dieser Verein verboten werden. Das bedeutete aber auch, dass Frauen nicht Mitglied in einer politischen Partei werden konnten – was den Ausschluss von Frauen aus der Politik noch einmal beförderte, denn sie konnten als Parteimitglieder noch nicht einmal Einfluss auf die Parteiprogramme nehmen. Die Frauenbewegung um 1900 hatte vier große

jeder die „Interessen seines Standes, seines Bildungskreises, seiner Scholle vertritt“⁵ und dass man durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes diese Vertretungslogik auch anerkannt hatte. „Bis auf eine Kleinigkeit“ – fährt Lange fort „Obwohl niemand an der oben ausgeführten Wahrheit ernstlich zweifelt, ist eine Fiktion doch immer aufrecht erhalten worden, die nämlich, daß die Männer zugleich die Interessen der Frauen wahren.“⁶ Hier kann – so Lange – nur „die Frau der Frau“ helfen, denn „so wenig ein Stand für den anderen, so wenig auch ein Geschlecht für das andere eintreten kann“. Daraus folgt für sie: „Erst durch das Frauenstimmrecht wird das allgemeine Stimmrecht zu etwas mehr als eine reine Redensart.“⁷ Wie aber zu diesem Frauenwahlrecht gelangen? Denn die Zeiten, so Lange, seien für eine Einführung

⁵ Helene Lange: *Frauenwahlrecht, in: Intellektuelle Grenzlinien zwischen Mann und Frau/Frauenwahlrecht, Berlin 1899 (2. Auflage), S. 25.*

⁶ Ebenda, S. 26

⁷ Ebenda, S. 29

nicht sehr gut. Die öffentliche Meinung stehe noch nicht auf Seiten des Frauenstimmrechtes und viele Männer hätten noch nicht erkannt, dass die politische Frauenarbeit für das staatliche Gemeinwohl wichtig sei. Das eigentliche Problem sei aber das Desinteresse der Frauen selbst, die noch nicht verstanden hätten, dass sie die öffentliche Meinung und die der Männer verändern müssten. „Und so ist uns der Weg gewiesen“, so Lange. „Es gilt einzudringen in die Arbeit der Gemeinden, in die Schulverwaltungen, die Universitäten, die verschiedenen Berufszweige, und überall zu zeigen: das kann die Frau. (...) Der Weg ist weit; aber er ist kein Umweg.“⁸ Damit formulierte Lange eine Herangehensweise, die sie in den nächsten Jahren immer wieder propagieren wird. Von einer erfolgreichen kommunalen Arbeit ausgehend wollte sie sich langsam aber sicher bis an die höchsten Staatsämter heranarbeiten.

Aber waren denn die Männer überhaupt schon reif für ein Engagement für das Frauenstimmrecht? Hierauf eine einfache Antwort zu geben verbietet sich, denn es gab – wie heute auch – sowohl Männer, die die Frauenbewegung unterstützten und solche, die sie bekämpften. Unter denjenigen, die sich bereits vor 1900 für das Frauenwahlrecht einsetzten, standen an erster Stelle SPD-Mitglieder.

Die SPD war zu dieser Zeit die erste und lange Zeit einzige Partei, die das Frauenstimmrecht in ihr Wahlprogramm aufnahm. Clara Zetkin war es, die auf dem Erfurter Parteitag 1891 darauf hinwies, dass der Kampf der proletarischen Frau

„... und überall zu zeigen: das kann die Frau. (...) Der Weg ist weit; aber er ist kein Umweg.“ *Helene Lange*

um Gleichberechtigung als Teil „des Kampfes der unterdrückten Klassen gegen die Herrschenden“ verstanden werden muss.⁹ Deshalb wurde im Erfurter Programm dann auch das allgemeine, gleiche, direkte Wahl- und Stimmrecht für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts gefordert.

Um das Frauenstimmrecht zu erreichen, gingen die Sozialistinnen ganz eigene Wege und schufen sich einen jährlichen Propagandatag, den auch wir heute noch kennen, nämlich den Internationalen Frauentag, den wir immer am 8. März feiern. Offiziell ins Leben gerufen wurde der

⁸ Ebenda, S. 40

⁹ Gisela Notz: *Frauenwahlrecht und Männergelächter*, in: *Vorwärts*, 20.2.2009, www.vorwaerts.de/artikel/frauenwahlrecht-maennergelaechter (abgerufen am 27.9.2017)

Internationaler Frauentag auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen, die zwischen dem 26. und 27. August 1910 stattfand. Hier wurde folgender Beschluss gefasst: „Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient.“¹⁰ Die Annahme dieses Antrages war einer der zentralen Erfolge der Konferenz.

Dass der erste Frauentag am 19. März 1911 dann auch in Deutschland stattfand, war wieder Clara Zetkin zu verdanken, denn diese musste zuhause sowohl die Parteigenossen als auch die Trägerinnen der proletarischen Frauenbewegung erst einmal von der Umsetzung des Beschlusses überzeugen. Auf dem dann erstmals stattfindenden Frauentag 1911 agitierten die Sozialistinnen äußerst wortgewaltig für das Frauenstimmrecht, wobei sie immer wieder betonten, dass sie dieses Recht für sich beanspruchten und nicht für alle Frauen (nämlich nicht für bürgerliche Frauen) kämpften.

Der erste Frauentag im wilhelminischen Kaiserreich war ein voller Erfolg. Luise Zietz, Beisitzerin im sozialdemokratischen Parteivorstand, beurteilte ihn als „glänzend gelungen“ und auch der Vorstand des sozialdemokratischen Parteitag schätzte ihn als „wichtige sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht“ ein.¹¹

Neben diesen im Grundsatz wohlmeinenden Männern gab es aber auch in Deutschland viele Gegenstimmen gegen das Frauenwahlrecht und zwar männliche wie auch weibliche. 1912 hatten sich Antifeminist_innen, die es seit 1900 vermehrt gab, in einem Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation zusammengeschlossen. Diesem ging es darum, die männliche Dominanz auf allen Ebenen zu sichern. Einer von ihnen war der Weimarer Oberlehrer Friedrich Sigismund, der im gleichen Jahr ein Buch gegen das Frauenwahlrecht verfasste. Auf über 70 Seiten beleuchtete er alle Facetten des Frauenstimmrecht und sprach sich dezidiert gegen dieses Recht aus. Sein Fazit lautete: „Die politisch völlig ungeschulte Frau (ist) weit eher als der Mann der Gefahr ausgesetzt, sich von Gefühls- und Herzensregungen leiten zu lassen, die in der Politik oft unheilvoll werden können. (...) Weiter müssen wir darauf hinweisen, daß die Frauen

¹⁰ Siehe Renate Wurms: *Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht. Der Internationale Frauentag. Zur Geschichte des 8. März, Frankfurt am Main 1983*, S. 6. Leider ist zu dieser Passage bei Renate Wurms keine Quelle angegeben, so dass der Wortlaut nicht nachgeprüft werden kann.

¹¹ Renate Wurms: *Wir wollen Freiheit*, S. 21

durchaus nicht überall, wo sie wahlberechtigt sind, darauf brennen, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. (...) Ferner ist zu bedenken, daß der weibliche Stimmzettel ein bloßes Blatt Papier ist, gleichsam ein Geldschein, der nicht wie beim Manne durch die Goldwährung physischer Kraft gedeckt ist. (...) Denn eine bedrohte Verfassung kann oft nur mit den Waffen gerettet werden, die der Mann alleine schwingt. Damit würde er, wenn er keine politische Sonderstellung hätte, der Handlanger der Frau, der er die Kastanien aus dem Feuer holen müßte.“ Auch auf das eigentliche Schreckgespenst, welches in dieser Zeit immer wieder in die Debatte gezerzt wurde, kommt Sigismund zum Schluss noch zu sprechen: „Wir haben auch die Zerrüttung der Monarchie zu befürchten. Die leichte Erregbarkeit der Frau macht sie dem Radikalismus zugeneigter, der die lautesten Schreier und die ärgsten Zungendrescher in den Kampf schickt. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie in den Ländern des Frauenstimmrechts ungeheure Fortschritte gemacht.“ Er schließt: „Daß auf politische Gleichberechtigung gerichtete Verlangen der Frauen entspricht weniger einem praktischen Bedürfnis als einer theoretischen Anschauung von zweifelhaftem Werte. Die geistige Individualität der Frau sowie das bei ihr vorherrschende Gemütsleben lassen sie für eine tätige Teilnahme am öffentlichen Leben wenig geeignet erscheinen.“¹²

Der Beginn der organisierten Bewegung zur Erreichung des Frauenstimmrechts begann im Jahr 1902. In Hamburg wurde von Anita Augspurg der Deutsche Verein für Frauenstimmrecht gegründet. Der Bund deutscher Frauenvereine (BDF), die bürgerliche Dachorganisation der Frauenvereine, nahm auf seiner fünften Generalversammlung den Kampf um das Frauenstimmrecht in sein Programm auf. Der Deutsche Verein für Frauenstimmrecht, der sich 1904 in den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht umbenannte, setzte vor allem auf Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit. Darüber hinaus verfasste der Verband Petitionen, gab Flugschriften heraus, organisierte Vorträge und betrieb unter anderem Parteiarbeit, die darauf abzielte, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in die diversen Parteiprogramme zu schreiben.

1907 wurde auf der Generalversammlung in Frankfurt am Main „mit überwältigender Mehrheit“ eine revidierte Satzung angenommen,

¹² Friedrich Sigismund: *Frauenstimmrecht*, Leipzig 1912, S. 69.

in der „das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht als Programmpunkt betont“ wurde. Auf dieser Sitzung wurde auch eine eigene Zeitschrift gegründet, die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“, herausgegeben von Anita Augspurg. 1908 war dann für die politische Betätigung der Frau ein ganz entscheidendes Jahr – endlich durften Frauen Mitglieder in politischen Vereinen und damit auch in Parteien werden. Die organisierte Stimmrechtsbewegung nahm nach diesem Zeitpunkt richtig Fahrt auf und die Mitgliederzahlen wuchsen enorm an. Was allerdings damit auch anwuchs, waren Kontroversen darüber, welchen genauen Inhalt die Frauenstimmrechtsforderungen denn haben sollten. Klar war allen bürgerlichen Frauenstimmrecht-



Anita Augspurg
beim Frauenstimm-
rechtskongress 1912
in München,
(Münchner
Stadtmuseum)

lerinnen, dass die Arbeit der Frauen für das Wahlrecht nicht an eine Partei geknüpft sein konnte, die Arbeit musste also parteiübergreifend sein. Wenn aber – so fragten sich einige Mitglieder – ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht in den Statuten des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht als Ziel stand und die Sozialdemokratie als einzige Partei dieses Wahlrecht forderte, war diese Forderung dann parteipolitisch neutral? Und: Wo ist es sinnvoll für das Frauenstimmrecht zu kämpfen? In einem Frauenstimmrechtsverband oder auch oder nur in einer Partei?

Die Stimmrechtsbewegung sprach nun keineswegs mehr mit einer Stimme und es gründeten sich unterschiedliche Vereine: Zunächst schlossen sich einige Frauen, die ein Frauenwahlrecht befürworteten, auf der Basis des aktuellen Männerwahlrechtes in einem eigenen Verband zusammen („Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht“). Und schließlich gründete sich noch eine dritte Organisation, der „Deutsche Frauenstimmrechtsbund“, in dem die Verfechterinnen eines gleichen, geheimen und direkten Stimmrechts für alle sich zusammenschlossen. Verschiedene Versuche, die Stimmrechts-

bewegung zu einen, scheiterten. Erst mitten im Ersten Weltkrieg kam eine Fusion zumindest von zwei Verbänden zustande.

Eine umfassende Mobilisierung der Frauen für das Frauenstimmrecht erlebte dann das Jahr 1917, als der deutsche Kaiser in seiner Osterbotschaft zwar eine Wahlrechtserweiterung in Aussicht stellte, die Frauen aber nicht erwähnte. Die Osterbotschaft des Kaisers war notwendig geworden, weil im Reichstag zunehmend der Burgfrieden zu bröckeln begann und gerade die beiden sozialdemokratischen Parteien (MSPD und USPD) immer stärker auf eine Anerkennung ihrer Leistungen im Krieg drängten. Gleichzeitig hatte sich im Winter 1916/17 die Ernährungslage in Deutschland sehr verschärft und im sogenannten „Steckrübenwinter“ war es zu Hungerprotesten und Streiks gekommen, die sich



zunehmend mit politischen Forderungen verbanden. Am 7. April 1917 stellte der Kaiser in seiner „Osterbotschaft“ im preußischen Abgeordnetenhaus eine Wahlrechtsreform nach Ende des Kriegs in Aussicht. Hauptversprechen war, dass das preußische Dreiklassenwahlrecht durch die Einführung direkter und geheimer Wahlen ersetzt werden sollte, zum Frauenwahlrecht schwieg der Kaiser, was die seit Jahrzehnten aktiven Frauen wie eine Ohrfeige erlebt haben müssen.

Sowohl die Stimmrechtsverbände als auch die Dachorganisation der bürgerlichen Frauenvereine, der Bund deutscher Frauenvereine (BDF), wurden nun wieder aktiv und begannen erneut mit ihrer Propagandaarbeit. Wieder wurden Petitionen abgeschickt, Versammlungen einberufen und Gertrud Bäumer als Vorsitzende des BDF erklärte es als ‚Forderung des vierten Kriegsjahres‘, „daß die Frauen sich über den Anteil ihres Geschlechts an der politischen Neugestaltung

klar“ werden müssten.¹³ Im Herbst 1917 brachte der BDF eine Denkschrift zur Stellung der Frau in der politisch-sozialen Neugestaltung Deutschlands heraus und rückte hier das Frauenstimmrecht in den Mittelpunkt.

Da es im Krieg durch die gemeinsame Arbeit im Nationalen Frauendienst zu einer Annäherung von Sozialdemokratinnen und bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gekommen war, wurde es nun für beide Seiten möglich, sich in der Frage des Stimmrechts gemeinsam zu engagieren. So kam es, dass ab 1917 ein breites Frauenbündnis zusammenkam, welches gemeinsam das Frauenwahlrecht erreichen wollte. Im Herbst des Jahres veröffentlichten die Frauen der MSPD, der Reichsverband für Frauenstimmrecht und der Deutsche Stimmrechtsbund eine gemeinsame Erklärung in der es hieß: „Sie (gemeint sind hier DIE Frauen; K.W.) fordern politische Gleichberechtigung mit dem Manne: Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften, volle Gleichberechtigung in den Kommunen und den gesetzlichen Interessenvertretungen.“¹⁴ Geschickt wurde diese Erklärung an den Deutschen Reichstag und an alle Landesparlamente, unterzeichnet von Marie Juchacz für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Marie Stritt für den Reichsverband für Frauenstimmrecht und Minna Cauer für den Deutschen Stimmrechtsbund.

Am 17. Dezember 1917 kam es in Berlin zu einer gemeinsamen Kundgebung im Lehrervereinshaus, die von über 1.000 Frauen besucht wurde, die folgende Resolution annahm: „Die in der Versammlung anwesenden Frauen fordern, daß ihnen (...) kraft des Rechtes aller erwachsenen Staatsbürger auf politische Mitbestimmung, die gleichen politischen Rechte gegeben werden, wie allen männlichen Deutschen, also auch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive und passive Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften.“¹⁵

¹³ Ute Rosenbusch, *Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland, Baden-Baden 1998, S. 423*

¹⁴ *Zeitschrift für Frauenstimmrecht, 1./15.12.1917, Nr. 23/24, S. 48*

¹⁵ *Zs f Frauenstimmrecht, 1./15.1.1918, Nr. 1/2, S. 2*

Im Oktober schickte eine breite Koalition von Frauen aus Parteien, Frauenstimmrechtsverbänden, dem BDF und der Gewerkschaften eine Eingabe an den Reichskanzler, in der um eine Unterredung nachgesucht wurde, damit die „Forderungen der Frauen (...), die auch in Deutschland bereits seit Jahrzehnten um politische Gleichberechtigung kämpfen (...) eingehend begründet“ werden könnten.¹⁶ Um diesem Gesuch Nachdruck zu verleihen, kam es Anfang November in Berlin, Hamburg und München zu großen Demonstrationen und Kundgebungen, in Hamburg kamen so viele Menschen zusammen, „daß Tausende wieder umkehren mußten ...“.¹⁷ Zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler Prinz Max von Baden kam es dann allerdings nicht mehr, am 12. November 1918 erklärte der Rat der Volksbeauftragten, der das politische Heft in die Hand genommen hatte, nachdem die Matrosen in Kiel durch ihren Aufstand den Sturz der Monarchie eingeleitet hatten, dass zukünftig „alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften (...) fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen (sind; K.W.)“¹⁸ Damit war das heiß umkämpfte Frauenwahlrecht in Deutschland Realität geworden und zwar in einer demokratischen Fassung.

Und dann? Nach ein paar Schrecktagen oder -wochen begannen sowohl die Parteien, als auch die Frauenstimmrechtlerinnen sich mit der neuen Situation anzufreunden. Die Parteien schalteten spezielle Wahlwerbungen, die Frauen ansprechen sollten, in den Parteien wurden Frauen auf die Listen gesetzt, die großen Frauenorganisationen organisierten spezielle Wahlveranstaltungen, in denen genau erklärt wurde, wie eine Wahl funktionierte und worauf die politische Frau achten sollte.

Am 19. Januar 1919 war es dann soweit, die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung fand statt. Sie war die erste reichsweite Wahl nach dem Verhältniswahlrecht und die erste, in der Frauen das Wahlrecht hatten. 36,7 Millionen Menschen waren wahlberechtigt, 83% gaben ihre Stimme ab. Durch das neue Wahlrecht stieg die Zahl der Wahlberechtigten stark an. Etwa 20 Millionen Stimmen wurden mehr als 1912 abgegeben.

In die verfassungsgebende Nationalversammlung zogen 37 Frauen ein – der Anteil der weiblichen Abgeordneten lag damit unter 10% (9,8%). Dieser sehr geringe Prozentsatz sollte sich auch

¹⁶ *Zs f Frauenstimmrecht, 1./15.11.1918, Nr. 21/22, S. 43*

¹⁷ *Zs f Frauenstimmrecht, 1./15.11.1918, Nr. 21/22, S. 42*

¹⁸ *Rosenbusch, S. 456*

in den folgenden Legislaturperioden nicht erhöhen. Erst knapp 70 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, Ende der 1980er Jahre, ist eine deutliche Steigerung zu verzeichnen – die ersten Quotierungsbeschlüsse einzelner Parteien zeigten ihre Wirkung.

Unter den ersten weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung waren einige bekannte Frauenrechtlerinnen. Die größte Gruppe bildeten die Sozialdemokratinnen.

„alle Wahlen (...) für alle männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen sind.“
Rat der Volksbeauftragten, 1918

Die meisten Frauen starteten mit großen Hoffnungen in die diversen Parlamente. Sie hatten sich viel vorgenommen, mussten aber im Laufe der Zeit feststellen, dass die politischen Strukturen, die die Parteien nach dem Frauenstimmrecht aufbauten, ambivalente Folgen hatten. Auf der einen Seite wurde in (fast) allen Parteien eine Vertretungsstruktur von Frauen für Frauen aufgebaut – das war gegenüber den Jahren von 1908 bis 1918 ein wirklicher Fortschritt. Auf der anderen Seite verstärkten diese Strukturen eine Ghettoisierung der weiblichen Parteimitglieder und zementierten diese in ihrer Sonderrolle. In der Weimarer Republik wurde dadurch eine inhaltliche Arbeitsteilung etabliert, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein Folgen hatte. Das Soziale, die Sittlichkeit, die Mädchen- und Frauenbildung wurden von den Frauen bearbeitet; die Außen- und Innenpolitik, die Finanzen und die Verteidigung von Männern. Dadurch kam es auch zu einer Abwertung von Themen, denn die Themen, die Frauen behandelten, galten als unwichtiger als die der Männer.

Doch nicht lange konnten Frauen die parlamentarische Arbeit in Deutschland aktiv mitgestalten. Die Nationalsozialisten verständigten sich schon früh darauf, Frauen weder in die Parteiführung noch in die leitenden Ausschüsse zu integrieren. Nach der Machtübernahme im Jahr 1933 wurden die Rechte der Frauen weiter eingeschränkt und schließlich wurde den Frauen faktisch das passive Wahlrecht ganz entzogen – nach nur knapp anderthalb Jahrzehnten mussten sie die Parlamente bereits wieder verlassen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde in beiden deutschen Staaten das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wieder eingeführt. Der Kasseler Juristin und SPD-Politikerin Elisabeth Selbert (1896–1986) haben es die Frauen in der Bundesrepublik zu verdanken, dass die Gleichberechtigung im Grundgesetz verankert worden ist. Dies war 1949 keineswegs eine Selbstver-

ständigkeit. Sowohl in ihrer Partei, der SPD, als auch bei den drei weiblichen Mitgliedern des Gremiums musste sie harte Überzeugungsarbeit leisten. Mit Hilfe außerparlamentarischer Unterstützung insbesondere von Frauenorganisationen gelang es ihr, den klaren und eindeutigen Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ durchzusetzen. Damit war die Gleichberechtigung als Verfassungsgrundsatz aufgenommen. Viele der damaligen familienrechtlichen Bestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch, gegen die die Frauenrechtlerinnen bereits 1900 Sturm gelaufen waren, mussten nun überarbeitet werden, da sie diesem Grundsatz widersprachen. Allerdings dauerte dies noch viele Jahre, erst 1957 wurde das Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet, auf das wir uns heute ganz selbstverständlich beziehen. In der DDR bedurfte es dieses Kampfes nicht. Der Satz: Mann und Frau sind gleichberechtigt wurde ohne Diskussion in Artikel 7 aufgenommen.

„... Männer und Frauen sind
gleichberechtigt.“
Elisabeth Selbert, SPD

Auch wenn sich in den letzten 100 Jahren viel verändert hat, so hat sich die Frauenfrage noch längst nicht erledigt. Auf dem Weg zur vollen Gleichberechtigung ist noch viel zu tun – einige wenige Beispiele sollen dies verdeutlichen.

Schauen wir auf die Bezahlung der Arbeit

Die Kluft zwischen den Gehältern von Männern und Frauen ist fast nirgends in Europa so groß wie in Deutschland. Mit derzeit 22 Prozent Differenz beim durchschnittlichen Stundenlohn liegt die Bundesrepublik auf einem der hinteren Plätze der EU-Länder (26 von 28).¹⁹

Schauen wir auf die Vertretung von Frauen in Führungspositionen

Seit 2016 müssen in börsennotierten Unternehmen mindestens 30% der Führungskräfte Frauen sein. Ihr Anteil ist seitdem zwar langsam gestiegen, liegt aber mit 27,5% noch unter der Zielmarke. Eine Quote für Vorstände gibt es bisher nicht; in 76 Prozent der Gremien sitzt in Deutschland keine einzige Frau – die „Gläserne Decke“ funktioniert noch immer.²⁰

Und, schauen wir auf die Vertretung von Frauen in den Parlamenten

Sowohl auf Bundes-, als auch auf Landes- bzw. kommunaler Ebene sind die weiblichen Abgeordneten noch immer in der Minderheit. Im Bundestag sind derzeit nur noch 30,7 Prozent der Abgeordneten Frauen – noch weniger Frauen gab es das letzte Mal nach der Wahl 1994 mit 26,2%.

Von einer paritätischen Vertretung in den Parlamenten und der Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen sind wir noch immer weit entfernt. Das aktive und passive Frauenwahlrecht, für das sich Frauen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatten und welches nur durch zähes Ringen von vielen Frauen und Männern erreicht werden konnte, hat die politische Landschaft des Landes nachhaltig verändert.

Das Wahlrecht ist ein ganz zentraler Schritt auf dem Weg einer paritätischen Politikvertretung. Allein aber reicht dieser nicht aus. Die Quote, ein lange kontrovers diskutiertes Instrument, hat – was die zahlenmäßige Vertretung angeht – in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten positiv gewirkt. Doch weitere Instrumente und weiteres Engagement für Gleichberechtigung müssen folgen.

Seitdem in Frankreich 2001 ein „Gesetz zur Förderung des gleichen Zugangs von Frauen und Männern zu Wahlmandaten und Wahlämtern“ in Kraft getreten ist, ist der Anteil von Frauen in den Kommunalparlamenten von 26% auf 48% gestiegen. Deshalb fordern inzwischen auch in Deutschland Frauenverbände wie der Deutsche Juristinnenbund ein Paritégesetz.

Es gibt also nach wie vor viel zu tun, um, wie es Elisabeth Selbert formuliert hat, „die Gleichberechtigung in der Praxis bis zur letzten Konsequenz“ durchzuführen. Lassen wir deshalb mit unseren Aktivitäten für eine gerechtere politische Vertretung und für eine angemessene Berücksichtigung weiblicher Themen in Politik und Gesellschaft nicht nach – wir sind es zukünftigen Frauengenerationen, aber auch den Frauen, die sich Jahrzehntlang für das Frauenstimmrecht eingesetzt haben, schuldig.

Dr. Kerstin Wolff ist Historikerin und Leiterin der Forschungsabteilung der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel. Außerdem arbeitet sie als Redakteurin der historischen Fachzeitschrift „Ariadne – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte“. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland.



Erste deutsche Demonstrationsfahrt für Frauenstimmrecht
München, September 1912. durch's Siegestor.



Friedenskundgebung auf der Theresienwiese in München, 1918, (SZ-Photo)

Bild rechts: Fotoatelier Elvira 1898, 1897 gegründet von Anita Augspurg und ihrer Lebensgefährtin Sophia Goudstikker, Von-der-Tann-Straße 15, München, (© Bildarchiv Foto Marburg)

Bild unten: Anita Augspurg in ihrem Arbeitszimmer, 1899 – zu finden im Digitalen Deutschen Frauenarchiv, (Atelier Elvira, Wikimedia Commons, gemeinfrei)

Internationaler Frauenfriedenskongress 1915 in Den Haag, unter anderem mit Anita Augspurg, (5.v.l.; LSE Library, gemeinfrei)



Erste deutsche Demonstrationsfahrt für Frauenstimmrecht, Siegestor München 1912, (Stadtarchiv München)

„Das Unerhörte wurde Wirklichkeit – wir haben es gewagt – die erste Propagandafahrt durch eine deutsche Großstadt! Entsinnt man sich der heftigen Kämpfe, die vor einigen Jahren in Berlin die Idee einer solchen Wagenfahrt zu propagandistischen Zwecken entfesselte, des ablehnenden Bescheides der Berliner Polizei, der Befürchtungen, die anlässlich dieses ungeheuerlich kühnen Gedankens laut wurden, und vergleicht man damit den harmlosen, fröhlichen Verlauf der Fahrt in München, so wird man schwer begreifen, warum diese vergnügliche Sache als so staatsgefährlich und fürchterlich angesehen wurde. Etwa 20 Wagen, mit bunten Herbstgirlanden festlich geschmückt, mit Tafeln in den Vereinsfahnen und der Aufschrift ‚Frauenstimmrecht‘ führten uns zwei Stunden lang durch die belebtesten Teile Münchens bis zum Endpunkt im herrlichen Englischen Garten. Es gab viele Schaulustige, viele verdutzte und verständnislose Gesichter, aber auch fröhliches Tücherschwenken, freundliche Heil- und Hurra-rufe. Was es nicht gab? – weder Ungezogenheiten noch irgendwelche Anrempelungen oder Grobheiten – denn das Schlimmste, der erheiternde Zuruf ‚Aha, keinen Mann gekriegt‘ wurde mit stürmischem Gelächter quittiert.“ Bericht aus der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ 1912.



Auszug aus der Rede von Rosa Kempf am 18.12.1918 im Provisorischen Nationalrat

Brigitte Hobmeier
Schauspielerinnen
als Rosa Kempf



„Wenn ich mich in diesem Saal umsehe ...“

Zum ersten Mal können die Frauen im bayerischen Parlament als gleichberechtigte Mitglieder sprechen. Es war ganz selbstverständlich, dass den Frauen das Stimmrecht gegeben wurde in dem Augenblick, wo das ganze Volk nach neuen Menschen und neuen Methoden des Regierens gesucht hat.

Wenn wir uns in diesem Saal umsehen, dann werden Sie vergeblich die gleichberechtigte Beteiligung der Frau suchen. Wo hat der Bauernrat seine Bäuerinnen? Der Bauernhof kann aber ohne Bäuerin nicht geführt werden. Wo sind die Bäuerinnen im Bauernrate? Da liegt die ganze politische Arbeit der staatsbürgerlichen Erziehung der Frau noch unausgeführt vor uns. Sollen wir im Nationalrate wieder keine Bäuerinnen sehen, die zur parlamentarischen Arbeit entsendet werden?

Wo hat die Arbeiterschaft ihre Arbeiterinnen? Im Kriege standen die Arbeiterinnen in der Fabrik und in allen anderen Betrieben. Hier sehen wir zwei, höchstens drei Frauen.

Wir sogenannten bürgerlichen Frauen sind noch am stärksten vertreten. Ich wundere mich über diese Erscheinung und konstatiere hier ausdrücklich, weil damit gezeigt werden soll, wie viel auf dieser Seite noch zu arbeiten ist.

Uns Frauen liegt der Kampf gegen die Brutalität zu allererst am Herzen. Wir kämpfen für das Frauenstimmrecht, weil wir überall die Brutalität bekämpfen. Es gibt keine größere Brutalität als die Unterjochung des Geistes durch die Faust, die Unterjochung des Gemüts durch physische Gewalt. Diese Brutalität hat die Frau Jahrhunderte lang nicht nur im öffentlichen auch im privaten

Leben sehr oft und sehr schmerzlich erleben müssen, und wenn sie jetzt von der Revolution etwas erhofft, so ist es der Sieg des Geistes über die Brutalität; dann sind wir frei.

Und um zu der allgemeinen Frage zu kommen, was erwartet die Frau von der neuen Zeit: Wir wollen vor allem eine Sicherung unserer neuen staatsbürgerlichen Befreiung, also das Recht auf aktives und passives Wahlrecht in allen Körperschaften. Wir wollen, dass dieses Recht in der kommenden Verfassung festgelegt wird, so dass es nicht mehr abhängig ist von einer schwankenden Mehrheit in der Volksvertretung. Wir erachten es als selbstverständlich, dass dieses Wahlrecht und diese Beteiligung der Frau sich auch in allen unteren Instanzen durchsetzt, also in allen Kreisen und Gemeinde-

„Wir kämpfen für das Frauenstimmrecht, weil wir überall die Brutalität bekämpfen.“ *Rosa Kempf*

verwaltungen, vor allem auch in den Berufsorganisationen, also den Arbeiterkammern oder Arbeiterräten, wie sie jetzt heißen werden, den Landwirtschaftskammern, Handelskammern usw. Die einzelnen Forderungen zähle ich hier nicht auf.

Die Frauen erwarten Beteiligung der Frau an allen Zweigen der Staatsverwaltung. Gleiches Recht haben wir nicht, wenn wir nur in den Vertretungskörpern sitzen und wenn nicht auch in den ausführenden Organen das weibliche Geschlecht mitbeteiligt ist. Sie dürfen also nicht erschrecken an den sogenannten „weiblichen Vorgesetzten“ denn es können die Frauen natürlich nicht bloß in den unteren Instanzen sein, sondern müssen durch alle Instanzen hinauf alle Zweige der Verwaltung durchdringen, nicht plötzlich, aber allmählich.

Auf dem Gebiete der Schule verlangen wir Gleichberechtigung des weiblichen Schülers und der weiblichen Lehrkraft mit dem männlichen Schüler und der männlichen Lehrkraft. Das ist jetzt ganz und gar nicht der Fall. Wir haben eine große Zahl Schulen, die nur für Knaben bestimmt sind, und eine kleine Zahl von Schulen, die den Mädchen zugewiesen sind. Hier kann ohne furchtbare Belastung des Staates eine Besserung nur eintreten durch Öffnung aller Knabenschulen für Mädchen.

Wir verlangen ferner die Zulassung der Frau zu den Ämtern der Richter, der Schöffen und Geschworenen. Es ist eine Abnormität, dass das weibliche Geschlecht abgeurteilt wird nur vom männlichen Standpunkt aus. Wir haben ein starkes Empfinden für die Differenzierung der Geschlechter. Aus diesem Grunde – das ist eine demokratische Idee – verlangen wir Beteiligung der Frau am Richteramt und an der Rechtspflege, damit das weibliche Empfinden zu seinem Rechte kommt. Dies wird auf viele Gesetze nachhaltigen Einfluss ausüben.

Wir verlangen die Gleichstellung der Ehefrau und Mutter mit dem Ehemann und Vater. Das ist eine selbstverständliche demokratische Forderung; denn alles andere bedeutet nur, dass die Frau minderberechtigt und auch minderwertig ist. Wir verlangen die Sicherung des weiblichen Erziehungsrechts in der Familie. Nicht nach dem Vater, sondern neben dem Vater muss die Mutter in der Familie ihren Kindern gegenüber stehen.

Wir verlangen, dass die alten Vorrechte, das Einspruchsrecht des Mannes gegen den Erwerb der Ehefrau, fallen. Die Frau muss eine selbstständige Persönlichkeit sein so gut wie der Mann. Und so wenig sie den Mann hindern kann, gewagte Unternehmungen zu beginnen, so wenig darf auch er ihre persönliche Freiheit in solchem Grade beschneiden. Wir haben noch ganz alte Zöpfe in dieser Hinsicht. Wir haben eine Bestimmung, die der Beamtenfrau verbietet zu erwerb; wenn die Beamtenfrau erwirbt, verliert der Mann die Stellung. Das ist eine ganz komische Bestimmung, besonders wenn man die Kleinheit der Beamtengehälter in Rechnung zieht. Ein ebensolcher Zopf ist das Zwangszölibat für die weiblichen Beamten, was uns schon nicht mehr fassbar erscheint in unserer gegenwärtigen Zeit. Wie kann der Staat verbieten, dass ein Mensch heiratet deswegen,

weil er für ihn arbeitet? Das ist ein verjährt Gesichtspunkt, auch eine ganz merkwürdige Logik, ausserdem bevölkerungspolitisch so falsch wie möglich; denn man schließt den aktivsten Teil der weiblichen Bevölkerung der im Berufsleben steht, von der Fortpflanzung aus, gewiss nicht zum Vorteil der Kasse.



Rosa Kempf (1874 – 1948),
© Bildarchiv Bayerischer Landtag

Wir verlangen natürlich auch eine Änderung der Stellung der unehelichen Kinder – das ist ja selbstverständlich. Wir verlangen auch eine Besserstellung der unehelichen Mutter, Ausbau der Berufsvormundschaft und wie alle diese schützenden Forderungen heißen.

„Die Frau muss eine selbstständige Persönlichkeit sein so gut wie der Mann.“
Rosa Kempf

Wir verlangen mit ganz besonderer Energie in der gegenwärtigen Zeit die Aufhebung der Reglementierung der Prostitution. Dieser Schandfleck jeder Regierung, die sie geduldet hat, diese schmackvollen Bestimmungen müssen jetzt beseitigt werden, da sie das weibliche Geschlecht degradieren und ein

Auszug aus der Rede von Rosa Kempf

Geschlecht verantwortlich machen für einen Fehler, den beide Geschlechter begehen.

Wir Frauen stehen noch vor einer anderen, sehr großen Gefahr, das ist die Gefahr der Entlassung von Frauenmassen wegen der zurückkehrenden Krieger. Die Frauen werden alle verstehen, dass sie einem Kriegsbeschädigten Platz machen müssen. Aber warum muss die Frau auch dem gesunden Krieger Platz machen? Warum machen nicht zuerst die gesunden Männer, die das Glück hatten, nicht hinaus zu müssen in den Krieg, dem gesunden Krieger Platz? Was soll die Frau machen, wenn sie nun entlassen wird? Wir wünschen darum ganz genauen Aufschluss darüber zu erhalten, was die Regierung gegen diese jetzt eintretende weibliche Erwerbslosigkeit zu tun gedenkt, wie weit sie das Recht der Frau auf Arbeit auch neben dem Rechte des Mannes zu arbeiten durchzusetzen gedenkt.

Früher ist Deutschland, so wird uns wenigstens gesagt, blindgläubig seiner Regierung nachgelaufen. Zu allererst müssen wir dafür sorgen, daß das nicht wieder kommt. Wir wollen nicht blindgläubig, sondern sehend der Regierung folgen und darum wollen wir alle Schritte unternehmen, die uns ständig sehend machen, nicht interim oder monatlich oder zweimonatlich einmal für einen Tag, sondern ständig wollen wir sehen, was die Regierung tut.

Wir wollen keinen Glauben, sondern wir wollen Vertrauen, das auf Wissen beruht. Das ist ein ganz großer Unterschied. ... Wir Frauen haben gar keine Veranlassung, jetzt blind zu glauben und vertrauen, denn die Politik wurde bisher von Männern gemacht und mit der männlichen Politik, wenn sie so versagt hat, wie sie selbst es darstellen, hat eben auch der Mann versagt.

Wir Frauen waren in früheren Zeiten politisch rechtlos ... Insofern sind wir jetzt in einer besonders glücklichen Lage. Wir können die Verantwortung für das, was in der Vergangenheit geschehen ist, von uns weisen. Wir haben es leichter zur gegenwärtigen Politik Stellung zu nehmen wie die Männer, denn wir sind nicht durch alte Traditionen gebunden.

„Wir hoffen mit ganzer Seele, dass die neue Zeit wirklich die Freiheit bringt.“
Rosa Kempf

Wir Frauen haben jetzt auch eine freiere Stellung zu den neuen Fragen, die eingetreten sind, zu den Konsequenzen der Revolution, weil wir dem alten System so wenig zu danken haben an persönlichen Frauenrechten.

Wir hoffen mit ganzer Seele, dass die neue Zeit wirklich die Freiheit bringt. Die Freiheit ist ja noch nicht da, aber wir hoffen, dass sie wirklich kommt. Denn ohne diese zukünftige Freiheit wäre die letzte Zeit ein zweckloser Zusammenbruch, der zu nichts führen würde und nichts Verlorenes ersetzt. Vorläufig stehen wir noch nicht in dieser neuen Zeit, besonders nicht, was die Frauen anlangt.“

Rosa Kempf, (1874–1948) war eine Sozialpolitikerin, Frauenrechtlerin, Dozentin an Frauenseminaren und -akademien. Ausbildung als Volksschullehrerin, ab 1905 Studium der Philosophie und Staatswissenschaften an der Universität München, Promotion zum Dr.rer.pol.. In der Rätezeit war sie in München politisch aktiv und 1919/1920 Abgeordnete im Bayerischen Landtag.

Brigitte Hobmeier, Theater- und Filmschauspielerin, München

Bild rechts: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht. Frauentag 8. März 1914“, Gestaltung Karl Maria Stadler. Entnommen der Download-Ausstellung „Frauen im Aufbruch – Politische Plakate“ der Friedrich Ebert Stiftung.



Heraus mit dem Frauenwahlrecht

FRAUEN-TAG

8. MÄRZ 1914

Den Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Gemeindegewerinnen ihre volle Pflicht erfüllen, die im Staat wie in der Gemeinde ihre Steuern entrichten müssen, hat Voreingenommenheit und reaktionäre Gefinnung das volle Staatsbürgerrecht bis jetzt verweigert.

Dieses natürliche Menschenrecht zu erkämpfen, muß der unerschütterliche, feste Wille jeder Frau, jeder Arbeiterin sein. Hier darf es kein Ruhen kein Rasten geben. Kommt daher alle, ihr Frauen und Mädchen in die am

Sonntag den 8. März 1914 nachmittags 3 Uhr stattfindenden

9 öffentl. Frauen-Versammlungen

Präsentation der Studie

Ingegerd Schäuble und Oranna Erb
Schäuble Institut für Sozialforschung



„Wählen und Gestalten – Motivationen und Einstellungen von Münchner Frauen zu politischer Mitwirkung und Wahlen“

Anlässlich des 100. Jahrestags des Frauenwahlrechts schrieb die Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München die Studie „Wählen und Gestalten – Motivationen und Einstellungen Münchner Frauen zu politischer Mitwirkung und Wahlen“ aus:

„Ziel ist die Sammlung und Zusammenstellung der Antworten von Münchner Bürgerinnen, um einen Überblick dazu zu erhalten, wie sie ihren politischen Willen kundtun, wie sie ihn umgesetzt sehen wollen, welche Strategien sie einsetzen, welche Dynamiken, Prozesse und Umsetzungen sie als enttäuschend, welche als erfolgreich, welche als effizient erleben. Dabei sollen unterschiedliches Alter, unterschiedliche Lebenslagen, unterschiedliche Wahlrechte berücksichtigt werden. So können Unterstützungsleistungen zu mehr Gleichberechtigung, Gleichbehandlung und Chancengleichheit ausdifferenzierter und passgenauer verfolgt werden.“

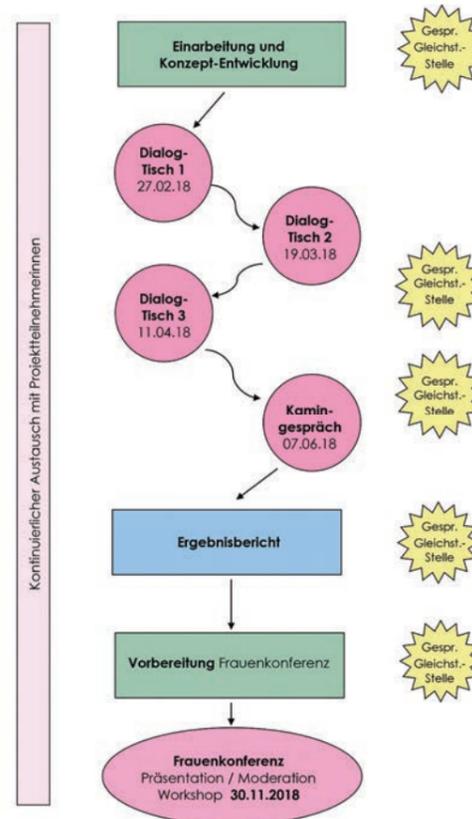
Folgende Fragestellungen könnten sich in diesem Zusammenhang ergeben:

- Wie frauenpartizipativ sind unsere kommunalen Strukturen?
- Wie sehen Frauen unser Wahlrecht?
- Wie und wo engagieren sich Mädchen und Frauen heute zur Gestaltung der Gesellschaft?
- In welcher Form mischen sie sich politisch ein?
- Wie treten Frauen heute für ihre Interessen ein?
- Wo sehen sie Erfolge, was erleben sie frauenpolitisch als Niederlage?
- Wie wirkt sich dies auf ihre aktuelle politische Beteiligung aus?
- Welche politischen Ideen und Bedarfe haben Frauen mit unterschiedlichen Sozialisationen und Perspektiven?
- Welche Partizipationsformen und welche neuen/anderen Wege/Kanäle nutzen sie?

Dass es dabei nicht um „die“ Frauen geht, dass Frauen sehr unterschiedlich sind und leben, wurde in der sozialwissenschaftlichen Konzeption und bei den empirischen Erhebungen berücksichtigt. Das beauftragte Schäuble Institut für Sozialforschung entwickelte einen differenzierten Erhebungsplan, in dem sowohl den „Frauen von der Straße“, als auch den erfahrenen Multiplikatorinnen, den Älteren und den Jüngeren, den Einheimischen und den Zugezogenen/ Migrierten, den Angepassten und den Alternativen, den Frauen verschiedener Lebensstilgruppen und unterschiedlicher sexueller Orientierung, den Vermögenden und den eher Armen, ... Raum für die (selbst-)reflexive Beschäftigung mit diesen Fragen angeboten wurde.



Methodisches Vorgehen bei der Untersuchung



In der hier vorgestellten Studie für die Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München werden die Möglichkeiten

- der gesellschaftlichen demokratischen (Mit-)Gestaltung allgemein und
- der (Mit-)Bestimmung konkreter lebbarer Lebensqualitäten
 - im größeren Zusammenhang (regional, national, international, global)
 - im Nahbereich (insbesondere kommunal, aber auch quartiersbezogen, nachbarschaftlich)

reflektiert. Wählen/Nicht-Wählen/Gewählt werden betreffen eher die größeren, formal geregelten politischen Zusammenhänge in einer Demokratie.

Die Frauen, die mitdiskutierten, fühlen sich in den größeren, formal geregelten Kontexten (z.B. Bundestagswahlen, Landtagswahlen) eher nicht gesehen/eher nicht repräsentiert. Im kommunalen Kontext sehen sie mehr Partizipationsmöglichkeiten.

Resümee in Thesen

- Das Interesse der Teilnehmerinnen an politischer Teilhabe und aktiver Gestaltung ihres Lebens und der Lebensqualität ist groß.
- Die geschlechterhierarchischen Machtstrukturen stehen aber einer angemessenen politischen Beteiligung von Frauen oftmals entgegen. Wertschätzung und Berücksichtigung von Frauenbelangen und -interessen sind nicht im Fokus, Frauen oder ihre Belange werden durchaus für andere Interessen instrumentalisiert.
- Systembedingt werden soziale Asymmetrien aufrechterhalten.

Präsentation der Studie

- Die gegebenen politischen Möglichkeiten zu Mitwirkung und Teilhabe im Parteiensystem treffen die Bedürfnisse der Angesprochenen daher nur teilweise. Diese Angebote folgen – so wurde es vielfach ausgedrückt – einem eher formalen und eher polarisierenden, konkurrierenden Verständnis des Miteinander. Für Differenz und Solidarität gibt es darin kaum Spielräume.
- Die üblichen politischen Denkweisen und Angebote zur Wahl orientieren sich stark an männlichem Denken, männlichen Lebenswelten. Viele Frauen fühlen sich mit ihren spezifischen persönlichen Bedürfnissen und in ihrer Subjekthaftigkeit zu wenig gesehen.
- Die politische Ausdrucksform von Frauen aufgrund dieser Nichtberücksichtigung nicht zu wählen oder nicht zu kandidieren wird im aktuellen politischen System nicht als geäußerte politische Stimme wahrgenommen, sondern den Frauen als Desinteresse an Politik ausgelegt.
- Frauen präferieren weniger machtbezogene Vorgehensweisen. Wichtig sind ihnen Reflexions-Räume und -Angebote, um ihre spezielle Lebenssituation gemeinsam zu betrachten, sich in der Verbundenheit mit und Resonanz der anderen auszurichten, zu stärken und politische Strategien und Lösungen zu entwickeln.
- Es fehlen frei gestaltbare Frauen-Räume und angeleitete Anlässe dazu, so dass formale politische Angebote im Vorteil sind gegenüber anderen Formen der Teilhabe und Mitgestaltung.
- Die kontinuierlich praktizierte Verbundenheit zwischen Wählenden und Gewählten ist aus weiblicher Sicht eine hohe Qualität politischer Wirksamkeit für Frauen, denn Politik verstehen sie als das resonante Geschehen zwischen unterschiedlichen Erfahrungen, Kompetenzen und Handlungsebenen.
- Die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe sind deutlich ausgeweitet durch entsprechend veränderte Kommunikationsformen. Jüngere Frauen fühlen sich missverstanden, wenn ihnen politisches Desinteresse nachgesagt wird. Sie sehen sich eher in anderen Kommunikationsräumen wirksam. Allerdings fehlt der intergenerationale Austausch.
- Intergenerationelle Kommunikationen/Kooperationen werden erschwert, solange die gesellschaftlich politische Alltagsgestaltung auf Individualisierung, Spaltung und Ablenkung gerichtet wird. Es wäre nötig, die intergenerationellen Kommunikationen/Kooperationen unter Frauen gezielt zu fördern, denn Frauen haben sich über Alters- und andere Grenzen hinweg viel zu sagen.
- Als Alternative zur Polarisierung und Rivalität in der heute praktizierten Politik wollen viele Frauen ein Milieu der Vielfalt/Diversity/Differenz bei Solidarität unter den Aktiven entwickeln und pflegen.
- Mit Gleichstellung der Geschlechter und ausdifferenzierter Diversität als Maßstab politischen Handelns würden die bekannten Mehrheiten-Minderheiten-Konstellationen obsolet und die Bemühungen um umfassenden politischen Einbezug der Menschen bekämen eine solide Basis.
- Die Idee einer förderlichen kooperierenden solidarischen politischen Teilhabe ist für die Teilnehmerinnen nicht Wunschzettel, sondern Programm: sie wollen
 - „normale Menschen“ mit ihren Lebensbedürfnissen im Mittelpunkt sehen
 - die ökonomisierende Verengung der Weltsicht aufweiten
 - den Glauben an Markt und Wettbewerb um ihrer selbst Willen verwerfen.
- So verstandene Politik ist Politik für die breite Bevölkerung. Sie setzt auf Eigenmacht, Selbstwirksamkeit und Selbstverantwortung in einem solidarischen, basisdemokratischen, lernenden Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung.
- Es bräuchte dafür neben dem formulierten Willen der Akteurinnen auch wohlwollende, kundige, neutrale Begleitung, um einen fundierten Lernprozess bezogen auf politisches Handeln zu durchlaufen. Die hierfür benötigten individuellen und institutionellen Kompetenzen sind zwar grundsätzlich vorhanden, aber lange nicht aktiviert worden. Der Schatz kann gehoben werden.
- Neben allen Zweifeln an der derzeitigen politischen Praxis plädieren Teilnehmerinnen auch dafür, sich zur Wahl zu stellen – damit Frauen überall präsent sind. Sie wollen verhindern, dass Frauen mit Blick auf ihre angebliche Nicht-Präsenz (legitimiert) übergangen werden.
- Dafür brauchen Frauen günstigere Alltagsbedingungen: die Vereinbarung von Berufstätigkeit und Kindererziehung erleben sie bislang als massiv einschränkend – und als strukturelle Benachteiligung, auch wenn Müttern die Möglichkeiten von Nicht-Wählen, Wählen, Gewählt formal eröffnet werden.



Im Rahmen der Dialogtische haben Frauen viele Anregungen zu geschlechtergerechten Weiterentwicklungen im kommunalen Kontext gegeben, die unter anderem die Bereiche Erwachsenenbildung, Beruf, Bezahlung, Entlastungsnotwendigkeiten für Frauen, Frauenräume, Wahlrecht, Kommunikation, Partizipation, öffentliche Erziehung und Begleitung von Kindern, insbesondere von Mädchen, Nachbarschafts- und Bürgerinnenprojekte sowie Wertschätzung und Respekt gegenüber Frauen mit Behinderungen umfassen. Hier sehen Frauen kommunalen Handlungsbedarf, der in der Broschüre zur Studie im Detail nachgelesen werden kann. Er fließt in Teilen in den Maßnahmenkatalog der Landeshauptstadt München zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ ein, der aktuell erstellt wird.

Nach Teilnahme an den Dialogtischen formulierten Frauen, dass sowohl ihr Bewusstsein für politisches Handeln als auch ihre Motivation, sich politisch einzubringen, gewachsen sind. Die Freiheit, andere demokratische politische Systeme und Lösungen zu denken und zu testen ist ihnen wichtig.

Stichpunkte zum Weiterdenken der Wirksamkeit

Die vorgelegte sozialwissenschaftliche Studie stellt für die Teilnehmenden eine wichtige (korrigierende) Erfahrung mit „anderen“ Möglichkeiten des frauenrespektierenden politischen Handelns dar – eine nicht zu unterschätzende, wertvolle Erfahrung.

Die empirisch gefundenen Ergebnisse können in der Zukunft durch Anschluss-Forschungen noch verbreitert und vertieft werden.

Noch sind die Ergebnisse aber nur geäußert und gesammelt worden. Es kommt darauf an, sie nun in der Lebenswirklichkeit von Münchnerinnen und in der Stadtgesellschaft wirksam werden zu lassen. Mit den bereits erwähnten

Umsetzungs-Dialogen, wo Bürgerinnen, Interessierte, Verwaltungszuständige und politisch Verantwortliche in konstruktiven Austausch gehen können, kann die Transformation der Idee in die Wirklichkeit bewerkstelligt werden. Solche Umsetzungsdialoge sollten neutral angeleitet, frauenrespektierend gestaltet und vor allem resonant moderiert werden, damit das Erarbeitete in der Münchner Stadtgesellschaft wirksam wird und in der politischen Teilhabe maßgebliche Verbesserungen für Frauen bewirkt werden.

Ingegerd Schäuble ist Diplom-Soziologin, Supervisorin, Gründerin und Leiterin des Schäuble Instituts. Sie lehrt an verschiedenen Universitäten, darunter die LMU München. Zudem hat sie langjährige Erfahrung in Moderation und Mediation von kommunalen und gruppenbezogenen Dialog- und Partizipationsprozessen.

Oranna Erb, Dipl.-Ingenieurin, Stadtplanerin im Schäuble Institut. Zusammen mit Ingegerd Schäuble erarbeitet sie kooperativ integrierte Handlungskonzepte für verschiedene Kommunen/Organisationen, mit Einzelhandelsverbänden, Investoren_innen und örtlichem Einzelhandel, City-Managements, betroffenen Bewohnern_innen.

Studie von Ingegerd Schäuble und Oranna Erb, Schäuble Institut
„Wählen und Gestalten – Motivationen und Einstellungen von Münchner Frauen zu politischer Mitwirkung und Wahlen“
als PDF-Datei zum Download über www.muenchen.de/gst
oder als Print-Ausgabe im Büro der Gleichstellungsstelle München

Diskussionsforen



Feminismus fotzt!

Frauen, holt Euch Eure Stadt zurück!



JEDE FRAU MUSS SICH DEN RAUM NEHMEN!

SICH TRAUEN!
MANCHE FRAUEN
KÖNNEN ES!

Diskussionsforen



Forum 1

Konzeption und Organisation

Irene Ketterer

Gleichstellungsstelle für Frauen

Moderation

Barbara Streidl

Frauenstudien

Verein, Blog, Flashmob – Frauenpolitisches Engagement heute

Wie machen wir Frauenthemen in der Öffentlichkeit sichtbar? Wie organisieren und solidarisieren wir uns, damit unser Engagement Spaß macht, motiviert und wirksam ist? Aktivistinnen verschiedenster Gruppierungen und Formen frauenpolitischen Engagements in München laden zur Fishbowl-Diskussion

In der Fishbowl

Julia Jäckel (Podcasterin, Bloggerin)
Christiane Kern (DGB)
Laura Meschede (Slutwalk)
Nushin Rawanmehr (Frauen der Welt)
Sybille Stotz (Autonomes Feministisches Forum)
Christa Weigl-Schneider (Stadtbund Münchner Frauenverbände)
Tamina Zarif (Afghanische Frauen) Statement der Degfotzerten

Frauen engagieren sich auf unterschiedliche Art und Weise, manche kontinuierlich in traditionellen Vereinen, andere organisieren Aktionen und Flashmobs oder betreiben Blogs im Internet. Jede Organisationsform hat ihre Berechtigung und eigene, spezifische Wirkung. Die größte Schlagkraft erreichen wir aber dann, wenn wir an bestimmten Themen zusammenarbeiten.

„Der Frau bleibt kein anderer Ausweg, als an ihrer Befreiung zu arbeiten. Diese Befreiung kann nur eine kollektive sein.“
Simone de Beauvoir



Als Auftakt grüßen Degfotzerten, eine Gruppe Münchner_innen, die es satt haben, tagtäglich in ihrer Stadt Sexismus, Rassismus und Homophobie zu erleben, mit einem Video-Beitrag:

Welche Frauengruppierung seid ihr und was macht ihr?

Wir verstehen uns als ein aufmüpfiges Frauenkollektiv. Wir wollen nicht mehr zusehen, wir wollen uns einmischen, uns Luft machen und Ungerechtigkeiten aufdecken. Wir verstehen uns als Feminist*innen, Aktivist*innen und Straßenkünstler*innen. Wir sind basisdemokratisch organisiert und solidarisieren uns mit anderen Frauengruppierungen um uns gegenseitig zu stärken.

Wir leisten kreativen, feministischen Widerstand, der gerade aktuell bitter nötig ist, wo eine rechtsradikale Partei wie die AFD in den Bundestag eingezogen ist, die ebenso wie fundamentalistisch-christliche und konservative Strömungen wie die „Demo für alle“ versucht, feministische Errungenschaften wie das Recht auf Abtreibung oder das Recht, zu lieben, wen wir wollen, in Frage zu stellen. Mit unseren Aktionen sagen wir laut und deutlich NEIN! Sie sind ein sichtbarer



Ausdruck von Wut über nach wie vor bestehende Missstände und von Protest gegen jegliche Versuche, das Rad zurückzudrehen. Uns geht es darum, Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen zu lenken und Menschen zum Nachdenken anzuregen. Und natürlich sind sie eine Aufforderung an alle Frauen*, sich uns anzuschließen und eigene feministische Kollektive zu bilden! Bildet Banden!

Warum habt ihr keinen Verein gegründet?

Zu Beginn stand dies tatsächlich zur Debatte. Die Gründung eines Vereins würde z.B. in Bezug auf Spenden einiges erleichtern. Trotz allem haben wir uns dagegen entschieden um unsere Anonymität gewährleisten zu können.

Was war Euer Gründungsimpuls?

Gegründet haben wir uns Anfang 2016. Die Ereignisse zum Jahreswechsel in Köln und die nachfolgende z.T. stark sexistische und/oder rassistische mediale Debatte haben dazu geführt, dass wir uns entschieden haben, laut zu werden. Das war wie eine Initialzündung für uns. Es gab ein erstes informelles Treffen, in dem die verschiedensten Ideen besprochen wurden. Und schnell war klar, wir wollen nicht nur einen Blog schreiben, um brav und angepasst unsere Meinung zu äußern. Wir wollen unserer Wut Luft machen. Wir wollen andere Menschen aufmerksam machen auf Ungerechtigkeiten und Missstände in unserer Gesellschaft. Und genau das tun wir seitdem.

Warum wollt ihr anonym bleiben?

Unsere Anonymität bedeutet für uns Freiheit. Freiheit unangepasst zu agieren. Frei von Bewertungen und Rechtfertigungen. Dies gilt auch für unsere Kunst im öffentlichen Raum. Wir müssen uns nicht an Konventionen der Stadt halten. Des Weiteren wollen wir nicht uns als Künstler*innen in den Vordergrund stellen sondern die Themen um die es uns geht.

Wie lange wird es Euch geben und warum?

Wir haben kein Ablaufdatum für unsere Aktionen oder die Gruppe als Ganzes geplant. Und auch an Themen mangelt es uns leider nicht. Das heißt, es wird uns so lange geben, wie wir Kraft, Zeit und Kreativität haben, um als Aktivist*innen unterwegs zu sein. Wir alle sind Vollblut-Feminist*innen. Und wenn wir irgendwann nicht mehr auf den Straßen Münchens unterwegs sind, werden wir uns sicher auf andere Weise politisch engagieren.

Fotzen First [↑ Web](#)

www.facebook.com/degfotzerten/

Der erste Teil des Forums versammelte Vertreterinnen traditioneller Frauenprojekte und Institutionen, um die entsprechenden verschiedenen Positionen innerhalb der Frauenbewegung auf dem Podium vorzustellen und sich der Fishbowl-Diskussion zu stellen.

DGB Frauen München

Christiane Kern von den DGB Frauen München berichtet von der Frauen-Vernetzung aus den beteiligten acht Einzelgewerkschaften und der Rückkoppelung in den Betrieben. Sie setzen sich für die Interessen erwerbstätiger Frauen ein, in erster Linie für Entgeltgleichheit und Mindestlöhne. Die gewerkschaftliche Frauenpolitik will die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen im Alltag verbessern. Die DGB Frauen betreiben eigene Mentorinnen-Programme. Öffentlich sichtbar werden sie vor allem am 8. März und 1. Mai, anlässlich der Aktionswochen Gewalt gegen Frauen und am Equal Pay Day.

In den Gewerkschaften sind nur 30 Prozent der Mitglieder weiblich und in den Strukturen dominieren ältere Männer, denen bei Diskussionen z.B. über das Dritte Geschlecht vorab erklärt werden muss, was das denn sei – obwohl es auch im Polizeidienst längst Transgender-Menschen gibt. Selbst geschlechtergerechte Sprache muss immer angemahnt werden.



Stadtbund Münchner Frauenverbände

Christa Weigl-Schneider vom Stadtbund Münchner Frauenverbände, dem Zusammenschluss von 58 Frauenorganisationen, der 1914 von Luise Kiesselbach gegründet wurde und laut Satzung das Ziel verfolgt: „die Interessen der Frauen zu vertreten und ihren Einfluss auf kommunaler Ebene zu verstärken“, erklärt die wichtige Rolle der Münchner Gleichstellungskommission, die deutschlandweit einmalig sei.

Der Stadtbund spielt eine wesentliche Rolle bei den Aktionsbündnissen Equal Pay Day (mit 40 Mitgliedern), Parité in den Parlamenten und dem Münchner Bündnis für Altersarmut.

Autonomes Feministisches Forum

Sibylle Stotz stellt das Autonome Feministische Forum (AUFF) vor, das frei von jeder Rechtsform ist, grundsätzlich nicht-hierarchisch und offen für alle Frauen, die sich auf Augenhöhe und „frei im Hirn“ engagieren wollen. Grundsätzlich unabhängig (auch von öffentlichen Fördergeldern) werden punktuell breite Bündnisse geschlossen, wie für „Aktiv gegen Männergewalt“, das jedes Jahr im November die Aktionswochen gegen Gewalt an Frauen, Mädchen und Jungen veranstaltet. Ein wichtiges Thema des AUFF ist zudem die Bekämpfung der „Pornofizierung“ sowie der Prostitution und der Einsatz für die Bestrafung der Freier.

Bewusst arbeiten die autonomen Frauen oft nur analog vernetzt, um sich der Daten-Überwachung zu entziehen. Bei Kampagnen wird die digitale Vernetzung dagegen intensiv genutzt. Zum Thema Transgender sucht das AUFF noch nach seiner Position, es wird intensiv diskutiert. Auf jeden Fall verstehen die Gruppe sich als „frauenbefreiend“. Alle Menschen, die sich selbst als Frau bezeichnen, sind willkommen.

Verein für Afghanische Frauen in München

Tamina Zarif kam durch ihre Mutter in den Verein für Afghanische Frauen in München, der 2003 gegründet wurde. Viele ältere Frauen sind dort seit längerem aktiv, es drehte sich früher viel um die gegenseitige Unterstützung, die unterschiedlichen Frauenbilder, sowie die Werte der afghanischen Gesellschaft und „kulturelle Schwierigkeiten“. Identität, Identitätsfindung, unterschiedliche Lebensrealitäten und kulturelle Vielfalt sind wichtige Themen im Verein.

In den letzten Jahren kam eine jüngere Generation dazu, die Zerrissenheit und Krieg erlebt hat und ganz andere Themen einbringt. Inzwischen beschäftigt sich der Verein intensiv mit psychologischer und physischer Männer-Gewalt.

Afghanische Frauen sind häufig damit konfrontiert, schnell in eine Schublade gesteckt zu werden. Junge Frauen im Verein setzen sich offensiv damit auseinander, was es sowohl gesellschaftlich als auch für sie persönlich bedeutet, nicht weiß und nicht deutsch zu sein.

Im Zwischenfazit waren sich alle einig, dass um die Öffentlichkeit zu erreichen und feministische Themen in die Medien zu transportieren, die Skandalisierung am besten wirkt – aber es wird auf jeden Fall ein langer Atem gebraucht.

In der zweiten Runde des Forums mit Fishbowl-Diskussion stellten junge Frauen ihre neuen frauenbewegten Ansätze vor, die sich intensiv der digitalen Öffentlichkeit bedienen.



Slutwalk München

Laura Meschede vom Slutwalk München erzählt kurz die Geschichte der Bewegung, die gegen die Zuweisung einer Mitverantwortung von Frauen protestiert, wenn sie belästigt oder vergewaltigt werden. Auslöser war der Spruch eines kanadischen Polizisten 2011, der bei einer Universitäts-Veranstaltung über präventiven Verbrechensbekämpfung sagte, dass „Frauen vermeiden sollten, sich wie Schlampen anzuziehen, um nicht zum Opfer zu werden.“ Beim Münchner Slutwalk laufen einmal im Jahr Frauen und Männer in provokanten Schlampen-Outfits herum, um diese These öffentlich zurück zu weisen. Slutwalks sind weltweit „Demonstrationen gegen Sexismus und die in unserer Gesellschaft weit verbreitete Annahme, dass Opfer sexualisierter Gewalt eine Mitschuld tragen.“

In München engagieren sich Frauen und einige Männer im Alter zwischen 20 und 50 Jahren, hauptsächlich die jüngere Generation. Sie vernetzen sich online, es geht ihnen aber auch gezielt darum, ein gemeinsames Gefühl der Stärke und des gestärkten Selbstbewusstseins von den Demonstrationen mitzunehmen.

Feministischer Blog/Podcast

Julia Jäckel blogt und will mit ihrem Podcast www.abendgruen.com „verschiedenen weiblichen Lebensentwürfen eine Hörbarkeit geben“, weil sonst weiße, heterosexuelle, ältere Männer medial stark überrepräsentiert sind. Sie lässt den Frauen in ihrem Podcast wie z.B. einer DFB-Schiedsrichterin oder einer Geflüchteten viel Zeit, um ihre Geschichte zu erzählen und sie in die Welt zu setzen.

Empörung ist für sie ein Antriebsmoment, denn viel ist bereits von der Frauenbewegung erreicht worden, dennoch steht leider immer noch viel aus: „Wir haben ein Stück vom Kuchen, aber längst noch nicht die ganze Torte.“ Im Zorn und in der Wut liegt eine starke treibende Kraft. Bei Männern werden wütende Auftritte meist

als Stärke interpretiert, bei Frauen werde das viel kritischer gesehen, da es nicht zu ihrem Rollen-schemata gehöre.

Frauen der Welt

Nuschin Rawanmehr ist in vielen Organisationen und Projekten aktiv, z.B. bei „Frauen der Welt“ oder dem Nachbarschaftstreff Trambahnhäusl in Ramersdorf. Es ist ihr wichtig, an vielen Positionen die Stimme der Frauen zu erheben und Mitsprache einzufordern.

Unterschiede und Privilegien sollten dabei nicht vergessen werden, darunter die Doppeldiskriminierung von Frauen mit Migrationshintergrund. Sie arbeitet als Selbstbehauptungs- und Gewaltpräventionstrainerin und sieht, dass die nötige Wut bei Mädchen erstmal häufig gar nicht da ist, erst rausgekitzelt werden muss, um sich zu schützen. Viele sind zu freundlich, machen alles mit um dem geschlechtsspezifischen Stereotyp zu entsprechen, lächeln alles weg. Sie findet es wichtig für die Gesundheit jeder Frau, das Gefühl der Wut zu nutzen, es rauszulassen, um sich zu wehren, auf die Barrikaden zu gehen – besonders bei Grenzüberschreitungen, Ungerechtigkeiten und anderen negativen Erfahrungen. Nicht vergessen: Selbstermächtigung und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit sind wunderbar, Feminismus macht Spaß!

In der Schlussrunde entwarfen die Referentinnen ihre eigene Utopie. Sie hoffen, dass Frauen in 20 Jahren darüber reden werden, wie schlecht die Zeit 2018 doch war. Denn dann wird es weltweit keine Frauenhäuser und kein Patriarchat mehr geben, Geschlechterbinarität und Migrationshintergrund werden keine Rolle mehr spielen, People of Color oder schwarze Frauen sind gesellschaftlich längst gleich gestellt – und überhaupt Gleichberechtigung ganz und gar selbstverständlich.



Impressionen



Forum 2

Konzeption und Durchführung Sabine Kellig

Gleichstellungsstelle
für Frauen

Birgit Erbe

Frauenakademie
München e.V.

Ute Elbracht

Institut für Zeitge-
schichte München

an den Stationen

Über Demokratie und das Wechseln von Windeln. Eine gleichstellungs- politische Reise durch Geschichte und Gegenwart der Care-Debatten

Ist das Betreuungsgeld die Antwort auf die alte feministische Forderung nach Lohn für Hausarbeit? Was hat ein Tarifvertrag für Hausangestellte aus den 1960er Jahren mit der zunehmenden Nachfrage nach migrierten Haushaltsarbeiter_innen zu tun? Kann mit der Professionalisierung von Care-Arbeit patriarchale Arbeitsteilung überwunden werden?

Miriam Höfner (wissenschaftliche Mitarbeiterin)
Prof. Dr. Maria S. Rerrich (Soziologin)
Sandra Storf (Sozialpädagogin)
Sirilya Dorothee von Gagern
(Biologin und Aktivistin)
Anne Dahmke (Rentnerin und Aktivistin)
Ute Elbracht (Buchhändlerin, M.A. Studium
der Neuen Geschichte)
Sabrina Schmitt (wissenschaftliche
Mitarbeiterin)

An sechs Stationen wurde anhand von historischem Material, aktuellen Auseinandersetzungen und individuellen Erfahrungen darüber informiert und diskutiert, ob und wie sich die Debatten um bezahlte Hausarbeit und Care in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben. Anschließend konnten die Teilnehmerinnen in einer gemeinsamen Fishbowl-Diskussion ihre Vorstellung zur Zukunft der Care-Arbeit erörtern.



Beginn der Reise: Die Care-Debatte um 1900

Es existiert seit ungefähr dem Jahr 1800 ein klar definiertes bipolares Geschlechterbild, das dem Mann die Rolle als Ernährer der Familie zuschreibt und ihn zum Fortschritt-Leistenden in der Gesellschaft erklärt. Die Frau ist ihm untergeordnet und nicht zur Vernunft fähig. Sie wirkt im Haus und ist zuständig für die Fürsorge und die unsichtbare Arbeit.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts erheben die Frauen selbst ihre Stimme, Louise Otto und Hedwig Dohm legen die Grundsteine für die Erste Frauenbewegung und fordern politische Rechte ein. Frauenvereine werden gegründet, die sich unter anderem für Mädchenbildung, Wohlfahrtspflege, Fürsorge und eine Professionalisierung der sozialen Arbeit einsetzen. Das öffnet Frauen Gestaltungs- und Handlungsspielräume und es bahnt den Weg in staatliche Institutionen des Gemeinwohls. Das vorherrschende Geschlechterideal bleibt jedoch unberührt. Frauen gelingt es, sich einen Platz in der Sozialpolitik und im Gemeinwesen zu erobern. Die Geschlechterdifferenz und die entsprechenden (Rollen-)Zuschreibungen werden dabei nicht aufgelöst – im Gegenteil: Die Betonung der Bedeutung der traditionellen Aufgaben der Frau für eine humane Gesellschaft schreibt sie in ihrer Unterschiedlichkeit fest.

Die Care-Debatte im 21. Jahrhundert

Wer übernimmt die anfallende Arbeit im Haushalt? Diese Frage war bereits in der Frauenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts ein strittiges Thema. Schon 1905 wurde diskutiert, ob Hausarbeit ebenso wie Lohnarbeit eine produktive Tätigkeit sei und entlohnt werden müsste. 1930 gab es sogar einen historisch bemerkenswerten Gesetzentwurf, der die Arbeitsbedingungen von Hausangestellten regeln sollte und der zahlreiche Schutzvorschriften (bezogen auf Gesundheitsschutz, Urlaub, Ruhezeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ...) enthielt. Viel hat sich seitdem verändert. Vieles auch nicht.

„Alle reden von Arbeit. Wir auch.“ 1. Mai – Tag der unsichtbaren Arbeit.

Ein Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit wie Kindererziehung, die Pflege von Angehörigen und Hausarbeit wird nach wie vor im Schatten oder an den Rändern formeller Arbeit verrichtet, meistens von Frauen. Diese Arbeitsleistung erfährt wenig oder keine öffentliche und politische Aufmerksamkeit. Sie ist unsichtbar.

Immer noch ist es ein harter Kampf, dass die Arbeit im Fürsorgebereich in ihrer Bedeutung und besonderen Qualität wahrgenommen wird und gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Also sichtbar wird.

Die „Dienstbotenfrage“ im 21. Jahrhundert

Aktuell gehen Schätzungen von 2,4 Millionen Reinigungs- und Pflegekräften in deutschen Privathaushalten aus. Die Dunkelziffer ist hoch. Ein Großteil sind Migrantinnen und Transmigrantinnen (zwischen Heimat- und Arbeitsort pendelnd).

Die im Haushalt tätigen Migrantinnen entlasten die berufstätigen Frauen in Deutschland. Indem sie die Hausarbeit, die Versorgung der Kinder oder die Pflege von Angehörigen übernehmen, ermöglichen sie vielen deutschen Frauen überhaupt erst die Erwerbstätigkeit.

Der vermehrte und nicht überschaubare Einsatz von Haushälterinnen mit Migrationshintergrund führt jedoch zur Etablierung einer neuen „Dienstbotenklasse“, die unter dem Radar der Politik läuft und häufig zu prekären und nicht gesicherten Arbeitsverhältnissen führt. Die dienstleistenden Migrantinnen werden von Frauen als individuelle Lösung für ein strukturelles Problem herangezogen, das eigentlich die deutsche Politik zu verantworten hat. Politische Lösungen für den strukturellen Mangel sind nicht in Sicht.

So lange das starke Einkommensgefälle in Europa und weltweit bestehen bleibt, werden weiterhin viele ausländische Frauen Dienstbotenarbeiten in Deutschland verrichten.

Entlohnung für Kinderbetreuung

In den 1970er Jahren forderte die autonome Frauenbewegung „Lohn für die Arbeit an den Kindern“. Diese Forderung sollte als Gegenmodell zur ökonomischen Ausbeutung von Frauen, als Strategie zur Abschaffung des Patriarchats und als Anerkennung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit der Mütter verstanden werden. Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich seit den 1970er Jahren stark verändert. Dennoch erleben viele junge Frauen gerade mit der Familiengründung eine Retraditionalisierung in der Partnerschaft. Sie übernehmen nach wie vor einen Großteil der unbezahlten Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten, während die Männer in die Rolle des Hauptverdieners und Familienernährers schlüpfen. Alleinerziehende sind zu 90% weiblich. Junge Mütter finden kaum einen Ausweg aus den gegensätzlichen Rollenbildern, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist für viele schwierig. Immer noch heißt es: „Mama, du bist nie da!“ Viel zu selten lautet die Frage: „Papa, wieso hast du heute nichts gekocht?“

Bayerisches Familiengeld und Elterngeld funktionieren nur „wie ein Pflaster, worunter die Wunde bestehen bleibt“. Väter beteiligen sich heute zwar mehr an der Kindererziehung, aber meistens sind es die Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit reduzieren. Ökonomische Abhängigkeit, Armutsgefährdung bei Trennung und Altersarmut sind häufige Folgen.

Die Forderungen nach Aufwertung von Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten sowie der wirtschaftlichen Absicherung der Erziehenden und Pflegenden gelten daher nach wie vor!



**„Aufwertung jetzt – Wir sind es wert!“
Streik im Sozial- und Erziehungsdienst**

Care-Berufe werden nach wie vor hauptsächlich von Frauen ausgeübt. Traditionellerweise kommt ihnen nicht die gleiche Anerkennung zu wie klassischen „Männerberufen“ und oft werden sie schlechter bezahlt.

Aufbauend auf den ersten großen Streik 2009 streikten im Frühsommer 2015 noch einmal tausende Beschäftigte aus dem Sozial- und Erziehungsdienst für die Anerkennung und Besserstellung ihrer typischen „Frauenberufe“. Die Motivation war groß und der Organisationsgrad gut. Dennoch stellte der wochenlange Streik eine große Herausforderung dar. Durch viel Engagement, kreative Ideen und Durchhaltevermögen wurden der Streik sichtbar und die Forderungen gehört: Geldbeutelwaschen im Fischbrunnen, Menschenkette ums Rathaus, Schweigemarsch, Kundgebungen, ...

Die Situation war günstig. Der geplante Kita-Ausbau und der Fachkräftemangel sorgten für eine positive Atmosphäre. Hinzu kam das Unverständnis darüber, dass viel Geld für die Bankenrettung da war, für die gute Betreuung der Kinder jedoch nicht, trotz hoher Steuereinnahmen. Mit diesem Streik haben die Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen gezeigt, dass auch sie für ihre Rechte eintreten können.



**Wohin geht die Reise? Care-Arbeit
in Zukunft**

Die Frage, wie wir uns Care-Arbeit in Zukunft vorstellen und welche Forderungen es gibt, wurde in der Fishbowl-Diskussion sehr lebhaft erörtert.

Im Folgenden einige Schlaglichter, die die Vielfalt und Bandbreite der Diskussion widerspiegeln:

- Die Gesellschaft ist abhängig davon, dass Care-Arbeit erbracht wird. Dem entsprechend muss sie anerkannt werden!
- Care-Arbeit ist weitgehend unsichtbar. Das muss sich ändern!
- Care-Arbeit muss besser bezahlt werden!
- Auch der ökonomische Gewinn von Care-Arbeit muss deutlich gemacht werden!
- Emanzipierte Frauen und Männer sollen als Vorbilder sichtbar werden. Männer in der Care-Arbeit und Frauen im Beruf abbilden!
- Anerkennung läuft über das Finanzielle, aber nicht nur!
- Ein Großteil der Frauen hat keine existenzsichernde Rente. Für die Rente muss die gesamte Lebensleistung berücksichtigt werden!
- Kein gegenseitiges Auspielen von Fürsorgearbeit und Lohnarbeit. Beides ist wertvoll!



**Frauenrechte und (soziale) Bürgerpflichten
Feministische Care-Debatten um 1900**
Miriam Höfner, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Promovendin am Historischen Institut der Universität der Bundeswehr München



**Die „Dienstbotenfrage“ im 21. Jahrhundert
Zu Lebens- und Arbeitsbedingungen
migrantischer Haushaltsarbeiter_innen**
Prof. Dr. Maria S. Rerrich, bis 2017 Professorin für Soziologie an der Hochschule München, engagiert in Forschungsprojekten und Initiativen



**Kita zu, Jugendamt nicht erreichbar!
Zu den Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst**
Sandra Storf, Sozialpädagogin und Gewerkschafterin



**Lohn für die Arbeit an den Kindern/
Frauenforum – BayFamGG**
Sirilya Dorothee von Gagern, Biologin und Aktivistin und Anne Dahmke, Rentnerin und Aktivistin



**Sozialpolitischer Treppenzwisch?
Lohn für Hausarbeit 1905/1930**
Ute Elbracht, Buchhändlerin, M.A. Studium der Neuen Geschichte, Archiv-Sachbearbeiterin (Institut für Zeitgeschichte München)



1. Mai – Tag der unsichtbaren Arbeit
Politische Initiativen zur unsichtbaren Sorgearbeit
Sabrina Schmitt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Frauenakademie München e.V., Mitglied und Genderbeauftragte des Bezirksausschusses Au/Haidhausen

Forum 3

Konzeption und Organisation Dr. Uschi Sorg

Gleichstellungsstelle für Frauen

Moderation Brigitte Theile

Bayerischer Rundfunk

Podium

Frau_Macht_Politik

Warum dominieren noch immer Männer die Politik? Welche Strategien sind nötig und erfolgreich, um die Repräsentanz und Einflussnahme von Frauen zu verbessern?

Cécile Weidhofer (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft in Berlin)
Gülseren Demirel (Bündnis 90/Die Grünen)
Tina Pickert (CSU)
Micky Wenngatz (SPD)

100 Jahre Frauenstimmrecht in Deutschland – und dennoch waren in der Politik Frauen nie gleichberechtigt repräsentiert. Obwohl inzwischen eine Kanzlerin und einige Ministerpräsidentinnen regieren, erleben wir noch immer Rückschritte.

Der Anteil an Frauen im bayerischen Landtag lag mit ungefähr 29 Prozent im Jahr 2008 am höchsten, seither verringerte sich die Quote. Im neugewählten bayrischen Parlament sitzen lediglich 55 Frauen unter den insgesamt 205 Abgeordneten, das entspricht gerade mal 27 Prozent. Im Bundestag ist die Verteilung der Sitze mit einem Anteil von einem Drittel Politikerinnen ebenfalls nicht zufriedenstellend. Bei einem Bevölkerungsanteil von 50,6 Prozent sind Frauen deutlich unterrepräsentiert.

Dieses Missverhältnis wird sich nicht von alleine bessern, denn Geschichte ist keine Rolltreppe, es geht nicht immer aufwärts. Für die politische Gleichstellung der Frau muss weiterhin aktiv gekämpft werden.

Barriere Geschlechterrollen

Obwohl Rollenbilder aufgrund der feministischen Bewegung nicht mehr gleichermaßen restriktiv wirken wie früher, bestimmen sie bis heute die Bilder, die wir von uns Selbst und von Anderen haben. Für Frauen stellen sie eine große Hürde sowohl für den Einstieg als auch für den weiteren Aufstieg in der Politik dar.

Das Verhalten und das Auftreten der Frauen wird von beiden Geschlechtern häufig positiv oder negativ sanktioniert. Während sich Frauen den von Männern gemachten Strukturen in der Politik unterwerfen müssen, dürfen sie sich gleichzeitig nicht zu männlich geben, denn das wird weder von Männern noch von Frauen gutgeheißen.



Es ist für Politikerinnen schwierig, sichtbar zu werden. Das Augenmerk liegt immer noch mehr auf ihrer äußeren Erscheinung als auf den vorgebrachten Inhalten. Die Reproduktion des Klischees „Äußerlichkeit“ findet nicht nur in den politischen Kreisen sondern auch in den Medien und der breiten Öffentlichkeit statt und erschwert es Frauen, sich hörbar zu machen.

Frauen haben zudem tendenziell höhere Erwartungen an ihre eigene Leistung, die sie erbringen müssen, um sich eine bestimmte Position zu „verdienen“. Sogar wenn es darum geht, als Rednerin auf dem Podium zu stehen. So beobachten die Gesprächsteilnehmerinnen, dass Männer bereits ohne aufbereitete Inhalte zum Mikrofon greifen und oft ins Schwafeln geraten, während Frauen noch dabei sind, ihren eigenen Beitrag gründlich zu durchdenken. Der größere Redeanteil liegt somit bei den Politikern.

Bei Vorträgen von Frauen wird darüber hinaus eine erhöhte Unruhe im Saal wahrgenommen. Die Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion erklären: Was Frauen zu sagen haben, interessiert häufig viele der männlichen Kollegen nicht. Da ist es spannender, sich mit seinem Sitznachbarn zu unterhalten.

Frauen und Männer können und sollen voneinander lernen. Während sich die meisten Frauen mehr auf der Basis von Sympathie und zwischenmenschlichen Beziehungen vernetzen, knüpft der Großteil der Männer Kontakte nutzenorientiert. Ein wechselseitiger Austausch ist für beide Seiten sowie für die Politik gewinnbringend. Es wäre gut zu erreichen, dass auch Männer diese Chance erkennen.

Wie können wir mit Geschlechterrollen umgehen? – Es ist wichtig, sich Machtasymmetrien bewusst zu machen. Warum nehmen wir beispielsweise laute und emotionale Politiker als durchsetzungsfähig und stark wahr, während wir Politikerinnen bei gleichem Verhalten als aggressiv oder hysterisch bewerten? Wahrnehmungsdeutungen zu reflektieren bedeutet Vorurteile bewusst zu denken.

Frauen sollten sich solidarisieren und parteiübergreifende Netzwerke bilden, um die Benachteiligung durch stereotypierte Wahrnehmung abzubauen.

„Das Bravheits-Gebot ist völlig untauglich. Wir müssen die Debatten führen. Das geht nicht ohne harte politische Auseinandersetzungen.“
Prof. Dr. Rita Süssmuth, Bundestagspräsidentin a.D.



Problemfeld Vereinbarkeit

Ein weiteres Hemmnis bei der Beteiligung von Frauen in der Politik stellt die unbefriedigende Vereinbarkeit mit der Familie dar. Den Spagat zwischen Kindern und Politik können oder wollen nur wenige Frauen leisten. Nur sieben Prozent der Politikerinnen haben Kleinkinder.

Lange Abend- und Nachtsitzungen sind üblich, Termine am Wochenende nicht ausgeschlossen. Vor allem für Alleinerziehende sind sie oft ein klares Ausschlusskriterium. Vielen Familienmenschen erscheint deshalb das politische Engagement eher unattraktiv.

Natürlich sind Familie und Kinderbetreuung durchaus auch Männerthemen. Allerdings verstehen sich noch immer viele Frauen als Hauptverantwortliche, sodass viele Politikerinnen mit Kindern unter dem Gefühl leiden, zu Hause nicht ausreichend präsent zu sein.

Es wäre wünschenswert, dass Pressevertreterinnen und -vertreter Politikerinnen künftig nicht mehr fragen: „Haben Sie Kinder und wer betreut die Kinder, wenn Sie 12 Stunden am Tag in der Politik arbeiten?“

Strukturen anzupassen wäre ebenfalls wichtig. Angebote wie die Kinderbetreuung bei Samstagsveranstaltungen oder eine generelle Terminsperre für Sonntage weisen in die richtige Richtung. Außerdem würden Politikerinnen gerne ihr Stimmrecht bei Parteisitzungen auch bei Abwesenheit geltend machen dürfen.



Baustelle Wahlrecht und parteipolitische Strukturen

Politik wird bis heute überwiegend von Männern geprägt. Die männliche Dominanz reicht von der Sitzungs- und Diskussionskultur über die Nominierungsstrukturen bis hin zu den Umgangsformen. Diese Machtverteilung hat Konsequenzen: Politiker haben eine höhere Mitsprache; Frauen werden von Parteien oft als sogenannte „Verlegenheitskandidatinnen“ in aussichtslosen Stimmkreisen nominiert und Männer erhalten häufiger Direktmandate. Letzteres resultiert auch aus dem Traditionalismus vieler Parteien, die gerne altbewährte und daher meist männliche Kandidaten erneut zur Wahl aufstellen. Die Bereitschaft zur Innovation sollte durch für beide Geschlechter offene Nominierungsplätze gefördert werden.



Die Sichtbarkeit weiblicher Vorbilder in der Politik bringt Frauen dazu, sich politisch zu engagieren. Mit der Wahl von Angela Merkel zur Kanzlerin stieg die Zahl der Parteieintritte von Frauen enorm an.

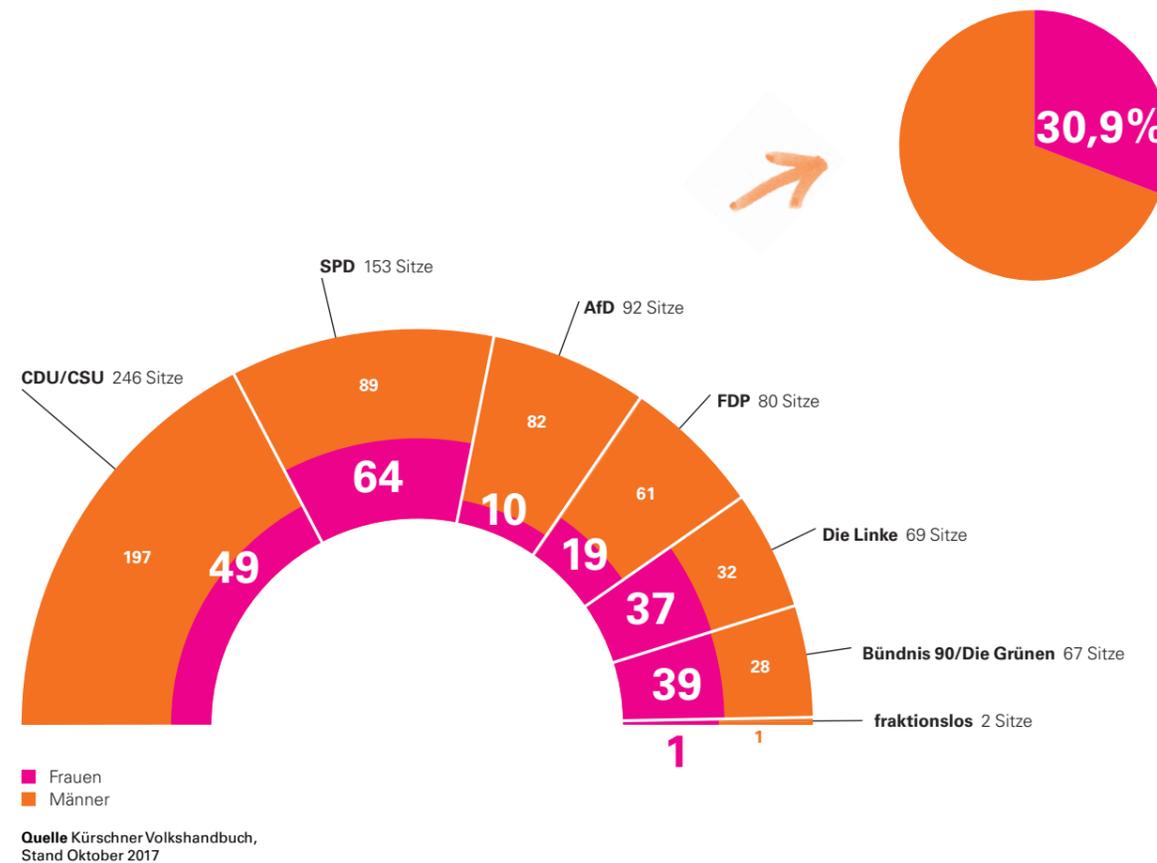
Innerparteiliche Quotierungen wirken positiv, aber echte Parität – die zahlenmäßige Gleichheit von Frauen und Männern – kann nur der Gesetzgeber schaffen. Die freiwillige Quotierung in einigen Parteien reicht nicht aus, um eine tatsächliche Repräsentanz der weiblichen Bevölkerung zu gewährleisten. Nur die Einführung eines allgemeingültigen Parité-Gesetzes kann das bewerkstelligen.

In Tunesien, das national 2011 ein solches Gesetz erlassen hat, sitzen inzwischen zu 50 Prozent Frauen in den Kommunalparlamenten. Frankreich verabschiedete das Parité-Gesetz (la loi sur la parité) im Jahr 2000.

Paritätische Quoten zielen auf gleiche Zugänge zur politischen Macht – unabhängig vom Geschlecht. Für jede moderne Demokratie sollte Parität ein zentrales Anliegen sein.

[↑ Web
www.aktionsbuendnis-parite.de](http://www.aktionsbuendnis-parite.de)

Anteil der Frauen und Männer im Deutschen Bundestag



Forum 4

Konzeption und Organisation
Marion Bär und
Zara Pfeiffer

Gleichstellungsstelle
für Frauen

Moderation
Zara Pfeiffer

Den Wind aus den Segeln! Feministische Strategien gegen anti-demokratische Bewegungen

Wie verbinden sich antidemokratische, rassistische und antifeministische Diskurse und Bewegungen? Welche Auswirkungen haben sie auf gegenwärtige politische Auseinandersetzungen? Wie kann ein feministischer Aufbruch gelingen, der über Abwehrkämpfe gegen reaktionäre Bestrebungen hinausgeht? Wie solidarisieren und vernetzen wir uns?

Referentinnen

Lydia Dietrich (Geschäftsführerin der Frauenhilfe München e.V., Mitinitiatorin des Münchner Aufrufs)

Jasmin Mittag (Initiatorin der Kampagne und Ausstellung „Wer braucht Feminismus?“)

Oona Valarie Serbest (Geschäftsführerin von Fiftitu% – Vernetzungsstelle für Frauen* in Kunst und Kultur; Frauenlandretten Österreich)

Rollback und neue Rechte

Der Münchner Aufruf war eine feministische Reaktion und Aktion gegen die aktuellen antidemokratischen Bewegungen und die rechts-populistische Politik. Wobei es nicht nur um Frauen ging und geht, sondern gleichzeitig auch um Geflüchtete und LGBTQI (Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender, Inter, Queer). Der Aufruf richtet sich gegen rassistische sowie frauen- und LGBTQI-feindliche Bestrebungen. Seit der Kölner Silvesternacht versuchen Rechtspopulist_innen Frauen für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Der Blick, das Denken und Handeln muss alle einschließen, die im antifeministischen Gehetze mit eingeschlossen sind, denn Homo- und Transfeindlichkeit, Hass auf Geflüchtete, Rassismus und Antisemitismus sind untrennbar mit Frauenfeindlichkeit verbunden.

Die Strukturen in Deutschland sind insgesamt frauenfeindlich. Solange diese Strukturen nicht grundlegend in Frage gestellt werden, ändert sich nichts. Gender-Mainstreaming tut das und ruft deshalb heftige und feindliche Abwehrreaktionen hervor.



Rechtspopulist_innen wollen die liberale Demokratie zugunsten einer völkischen Gemeinschaft abschaffen, deren Keimzelle Vater-Mutter-Kind sein soll. Vielfalt, Offenheit und Individualität werden abgelehnt. Deshalb ist ein vereinter Widerstand mit intersektionalen Bündnissen nötig, um zu Skandalisieren und den lauten Protest gemeinsam in die Öffentlichkeit zu tragen. Nicht zuletzt sollte generell auf allen Ebenen die Vielfalt als Schatz erkannt und gepflegt werden.

Situation in Österreich

Seit einem Jahr hat Österreich eine rechtsgerichtete Regierung, eine Koalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und Freiheitlicher Partei Österreichs (FPÖ). Das politische Klima ist für den Feminismus rau geworden. Die Feministinnen sind selbst erstaunt, wie schnell ihre Projekte, Medien oder Organisationen angegriffen und Gelder gestrichen wurden. Unter den ersten, die es traf, waren eine Migrantinnen-Beratungsstelle, die Hilfe für wohnungslose Frauen und Kulturarbeiterinnen wie Fiftitu%. Nach der Streichung öffentlicher Gelder herrscht nun Finanznot bei den Projekten. Ideen wie Spenden-Kampagnen oder Crowdfunding über das Internet sind gut, aber die jetzt schon an der Überlastungsgrenze arbeitenden Frauen in den Projekten können diese Aufgabe nicht zusätzlich stemmen. Es bräuhete Hilfe aus der Zivilgesellschaft, andere Frauen, die das für sie übernehmen.



NICHT IN UNSEREM NAMEN!

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist kein „Flüchtlingsproblem“, sondern ein Problem von Männern

Unterzeichnerinnen

- Stadtbund Münchner Frauenverbände
- Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Bayern e. V.
- Münchner Forum für Mädchenarbeit
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ASF (Bayern / München)
- Verein für Fraueninteressen e. V.
- amanda – Projekt für Mädchen und junge Frauen
- Arbeitskreis Frauen von Bündnis 90/Die Grünen
- ver.di - Landesbezirk Bayern
- ver.di Frauen München
- IMMA e. V.
- DeGlotzerten München
- Münchner Frauennetz
- FÄM – Frauenakademie München e. V.
- Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern e. V.
- KOFRA München – Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation
- Verein Kompetenz für Frauen e. V.
- Partizipativer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e. V.
- Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der Partei Die Linke (LISA), Bayern
- afghanische Frauen in München e. V.
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Gruppe München
- Regionalgruppe München/Südbayern des Deutschen Juristinnenbundes e. V.
- musica femina münchen e. V.
- FrauenTherapieZentrum – FTZ gemeinnützige GmbH
- Migrantinnen-Netzwerk Bayern
- Unternehmerinnen im Handwerk München e. V.
- deutscher Ingenieurinnenbund, Regionalgruppe München
- Connect e. V. - Das Frauennetzwerk
- LeTra, Lesbenleben e. V.
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Gruppe München
- Partizipative Haus für Mutter und Kind gGmbH
- DOB Frauen München
- extra e. V. Suchthilfe für Frauen und Angehörige
- Katholischer Deutscher Frauenbund
- Journalistinnenbund e. V.

für die Münchner Stadtverwaltung
• Frauengleichstellungsstelle der LH München
• Fachstelle für Demokratie der LH München
V.i.S.d.P. Fachstelle für Demokratie der LH München



Im Parlament vertritt keine Partei mehr feministische Positionen oder setzt sich für Gleichstellung ein. Feministinnen in Österreich gelingt es bisher nicht, aus ihrer eigenen Blase heraus zu kommen und eigene, erfolgreiche Bilder zu schaffen, die mehrheitsfähig sind. Ein Versuch ist der Zusammenschluss der Betroffenen und der Start der Kampagne „Frauenlandretten“, u.a. mit einer Website, Mail- und Plakataktionen sowie einem Kinospot. Die Öffentlichkeit zu mobilisieren ist aber schwierig.

In der aktuellen Diskussion um Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird diese schnell reduziert auf Gewalt VON FLÜCHTLINGEN. Wir als Vertreterinnen von Fraueninteressen lehnen es ab, Gewalt auf eine Tätergruppe zu reduzieren, um damit rassistische Vorurteile zu schüren. Frauen und Mädchen werden in dieser Debatte zum Objekt gemacht, unsere Anliegen zum Spielball von Interessen, die nicht die unseren sind.

Eine Debatte um Gewalt gegen Frauen die nur um männliche Flüchtlinge als Aggressoren kreist, lenkt vom eigentlichen Problem ab. Von den 7345 Vergewaltigungen, die im Jahr 2014 bei der Polizei angezeigt wurden, wurde die übergroße Mehrheit (nämlich 4/5 oder 5876) im privaten Umfeld verübt. In einer EU-weiten Umfrage sagen 77 % der von sexueller Gewalt betroffenen Frauen, der Täter sei ihnen bekannt gewesen. Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland somit immer noch ein Delikt, das insbesondere im Privaten ausgeübt wird. Diese frauenverachtenden Verhältnisse im Privaten gehören in den Mittelpunkt der Debatte.

Was die Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum angeht – und hierzu gehören sowohl die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht, als auch der Mord an einer Studentin in Freiburg – bleibt festzustellen: Diese Gewalttaten sind schrecklich und müssen im Rahmen unseres Rechtsstaates mit aller Härte des Gesetzes geahndet werden. In Deutschland ist die Zahl der angezeigten Vergewaltigungen zwischen 2004 und 2015 von 7505 auf 5934 zurückgegangen, obwohl der Anteil an Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind, ständig gewachsen ist. Zugleich haben 35 % der in Deutschland lebenden Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr mindestens einmal sexuelle oder körperliche Gewalt erlebt, sind also geschlagen, getreten, geohrfeigt, begrapscht, genötigt oder zum Sex gezwungen worden. Fazit: Es gibt ein großes Problem mit Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Wir lenken aber vom Kern des Problems ab, wenn wir eine Debatte über die Gewalt von ausländischen Männern oder von Flüchtlingen gegen deutsche Frauen führen. Bei der Gewalt gegen Frauen geht es um ein gesamtgesellschaftliches Problem.



Wer braucht Feminismus?

„Wer braucht Feminismus?“ ist eine Kampagne zur Imageverbesserung, denn der Feminismus ist immer noch nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Viele wissen nicht einmal, worum es genau geht. Wenn der Feminismus erfolgreich sein will, muss er Mainstream werden. Deswegen wurde die Kampagne 2012 ins Leben gerufen und sammelt seither persönliche (Foto-)Statements zum Thema, um Menschen, die sich damit auseinandersetzen, in die Öffentlichkeit zu transportieren und als Vorbilder zu zeigen. Das öffentlich gemachte Bekenntnis zum Feminismus hat Signalwirkung, es motiviert zur Reflexion und Solidarität.

2.500 Statements mit persönlichen Argumenten für Feminismus fanden bereits über Facebook und andere Internet-Plattformen ihre stetig wachsende Community.

Seit 2014 tourt zudem eine Wander-Ausstellung mit einer Auswahl an „Wer braucht Feminismus?“-Motiven durch Deutschland, in München war sie ab dem 1. März 2019 im Gasteig zu sehen.

Als Reaktion gibt es online immer wieder Anfeindungen von rechten Gruppen, außerdem wurde in Hannover die Ausstellung von einer Sturm-kappen tragenden Truppe namens „Rechtes Forum“ verwüstet – und die Bilder dieser Aktion ins Netz gestellt.



Feministische Netzwerke in München

In München sind viele Frauen-Netzwerke aktiv, ob das Frauennetz, der Stadtbund oder die Gleichstellungskommission. Feministinnen verkünden ihre Forderungen auch laut auf der Straße, vom Equal Pay Day bis zum One Billion Rising. Allerdings sind es oft die gleichen Frauen, die an Protesten teilnehmen, Projekte am laufen halten, in Gremien sitzen etc. Darunter zu viele, die über ihren Kapazitätsgrenzen arbeiten. Nicht jede und jeder will auf Demonstrationen gehen oder in eine Partei eintreten. Niedrigschwellige Angebote sind wichtig. Grundsätzlich braucht es mehr Frauensolidarität und -organisation, auch auf der politischen Ebene und innerhalb der Parteien. Dafür gilt es Anstöße zu geben, Erfolge sichtbar zu machen, andere Frauen (und Männer) für feministische Aktivitäten zu motivieren. Statt um Ressourcen zu kämpfen macht es Sinn, sich nicht zersplittern zu lassen, sondern sich stattdessen offen auszutauschen, zu kommunizieren und intersektionale Bündnisse zu schmieden.



Forum 5

Konzeption und Durchführung
Gabriele Nuss
Gleichstellungsstelle für Frauen

Ingegerd Schäuble und Oranna Erb
Schäuble Institut für Sozialforschung

Diskussion der Studie „Wählen und Gestalten“. Perspektiven kommunaler Beteiligung und frauenpolitischer Themen in München

Welche kommunalen Möglichkeiten ergeben sich, um bei Münchens Bürgerinnen frauenpolitisches Bewusstsein und den Willen zur Mitgestaltung demokratischer Prozesse zu unterstützen? Wie können Frauenbedarfe, vor allem im Hinblick auf die Kommunalwahlen, zielgerichtet vertreten werden?

Die Erfahrung aus den Dialogtischen während der Studie verdeutlicht, dass solche frei gestaltbare Frauenräume sehr wichtig sind, weil dort eine freundliche konstruktive Kommunikation möglich ist, eine sich gegenseitig respektierende Atmosphäre, bzw. eine Gesprächskultur, die alle Lebensformen und die Vielfalt an Erfahrungen und Meinungen respektiert. Das lässt jeder den Raum sich einzubringen, ist tragend und solidarisch, wobei Widersprüche selbst bei lebhaften Auseinandersetzungen bestehen bleiben dürfen.

WER NICHT PARTEIPOLITISCH
AKTIV SEIN WILL →
WIE FINDET SIE DIE
GEEIGNETE GRUPPE?

Das haben die meisten Frauen in anderen Räumen aufgrund der vorherrschenden patriarchalen Strukturen so nicht erlebt.

Es wäre schön, die Dialogtische weiterzuführen, geschützt und angeleitet – und zugleich ergebnisorientiert (zur Weitergabe an Arbeitskreise, Projekte und die Gleichstellungsstelle), dadurch eine Art zeitgenössische, weibliche Räte-Struktur zu schaffen.



Es stand während der Studie die Idee im Raum, sie zu erweitern, um künftig Migrantinnen, Alleinerziehende, Frauen mit Behinderung oder in prekären Lebensverhältnissen und andere gezielt anzusprechen und politisch zu aktivieren. Dafür wäre eine Kooperation mit Projekten, in denen sie sich bereits vernetzen, sinnvoll.

Politische Debatten und Wahrnehmung

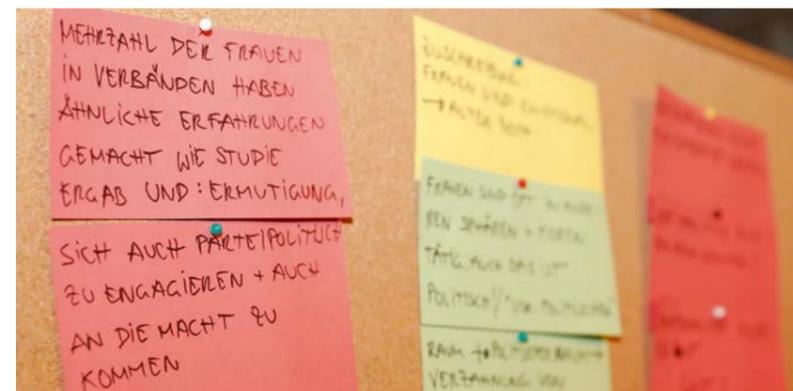
Studien haben gezeigt, dass Frauen untereinander viel weniger politische Diskussionen in ihrem privaten Umfeld führen als Männer. Sie erleben Männer in Debatten als sehr laut und heftig. An den Dialogtischen fanden die Frauen den Freiraum dafür, sich zu öffnen, vor allem weil keine inhaltliche Vorgabe für den Austausch und ihre Auseinandersetzungen bestand.

Viele Frauen nehmen sich selbst in ihrem Engagement gar nicht als politisch aktiv wahr, obwohl sie es in ihrem direkten Umfeld und Alltag faktisch sind, z.B. im Elternbeirat, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder in einem Seniorenforum. Neben dem parteipolitischen gibt es ja auch den gesellschaftspolitischen Bereich, wo frau sich einbringen und Realität verändern kann.

Das Private ist politisch

Die „Bürger“sprechstunden der Abgeordneten, Stadträtinnen und Stadträte sind bislang zu wenig im Bewusstsein der Frauen, denn dort besteht die Möglichkeit, sich direkt Gehör zu verschaffen, und gleichzeitig den ersten Schritt in die Öffentlichkeit zu tun, um konkrete Forderungen z.B. aus dem Stadtteil einzubringen. Über konkrete Themen sind Frauen oft besser und direkter erreichbar als über politische Strategien und theoretische Erörterungen.

Es braucht den Dialog zwischen dem vopolitischen und dem im engeren Sinn politischen Raum – so entstehen zugleich neue Aktionsformen. Das Politische weitet sich in den Alltag aus und umgekehrt.



„Wir Frauen müssen lernen, hemmungslos gut übereinander zu reden!“

Ein Hemmschuh ist der in der Politik übliche inszenierte Machtkampf, die ständigen Hahnenkämpfe, die heftige Konkurrenz – diese Polit-(Un-)Kultur stellt für viele Frauen eine Hürde dar, um sowohl in die (Partei-)Politik einzusteigen, als auch anschließend z.B. in den Stadträten und Parlamenten dabei zu bleiben und zur Wiederwahl anzutreten.

Frauen sollten damit aufhören, anderen Frauen zu unterstellen, sie seien unfähig, sachlich zu argumentieren. Es reicht, dass Männer häufig die politisch sprechenden Frauen in Frage stellen und verunsichern. Die gegenseitige Wertschätzung von Frauen ist wichtig, die positive Resonanz, das Verbünden.

Wut und Emotion können ein Motor zu sein, sich zu trauen. Trotzdem ist und bleibt das uralte Ammenmärchen schlicht falsch: Männer sind nicht per se sachlich und Frauen nicht per se emotional.

Es gibt bereits viele mutige Frauen, die sich einmischen und wirksam werden, nichtsdestotrotz bedarf es noch der Schulung in der politischen Diskussion mit Männern, sowie der Stärkung und Rückendeckung für die Selbstverständlichkeit, sich den Raum zu nehmen, nach vorne zu gehen und selbstbewusst zu reden. Frauen sind sehr darauf trainiert, zu sehen, was sie nicht können, und nicht darauf, zu sehen, was sie können. Mentoring in den Parteien ist hilfreich sowie die Wahllisten-Gestaltung im Reißverschluss-Verfahren.

Insgesamt muss das frauenpolitische Bewusstsein, das bereits seit den 70er Jahren in vielen Frauenräumen, -projekten und -netzungen erarbeitet wurde, endlich geballt in den öffentlichen Raum, in die Mitte der Gesellschaft getragen werden.

Frauen haben in ihrer Sozialisation oft nicht gelernt, sich politisch zu äußern oder den vopolitischen Raum zu verlassen. Die Struktur der Dialogtische ist für sie ein gutes Übungs- und Bestätigungsfeld.

Das Private ist politisch, aber es muss darüber hinaus wirklich politisch wirksam werden. Die Bewusstseinsbildung ist wichtig, dennoch müssen Frauen unbedingt den Schritt gehen und sich organisieren – im vorparlamentarischen Raum, in den Verbänden und in den Parteien, um dann in die Parlamente einzuziehen und die Macht mitzugestalten.

Frauen sind 100 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts in den Parlamenten viel zu wenig vertreten. Deshalb steht die Forderung nach einem Parité-Gesetz im Raum, die gemeinsam von vielen gut vernetzten Frauen heute erhoben wird. In München gibt es das Aktionsbündnis Parité in den Parlamenten.



Transparenz und Information für alle Generationen

Alle mitnehmen, das bedeutet auch alle Altersstufen mitnehmen – sich zum Beispiel beim Informieren nicht nur auf das Internet und soziale Medien zu verlassen. Wobei transgenerationale digitale Angebote gut funktionieren können, wenn Ältere und Jüngere sich gemeinsam das Web erschließen, off- und online Vernetzung betreiben wie z.B. im Café Netzwerk.

Frauenbegegnungsräume, die gezielt mehrere Generationen ansprechen, wären nötig, denn es herrscht noch zu oft eine Trennung zwischen den Gruppen junger und älterer Frauen. Gemeinsame Themen und Formate im Intergenerations-Austausch zu finden bleibt eine Herausforderung.

Auf dieser Konferenz sind junge Frauen unterrepräsentiert. Ältere Frauen, die sich feministisch verorten, beklagen ein zu geringes feministisches Bewusstsein bei jungen Frauen. Der Dialog von Jung und Alt sollte regelmäßig in Projekten stattfinden, um im Gespräch letztlich Missverständnisse und Spaltungen zu überwinden, gemeinsame Themen und ein Miteinander zu finden.

Solche Dialog- und Begegnungsräume könnten bei vielen Institutionen wie z.B. der VHS, bei Frauenprojekten oder bei Stiftungen eingefordert werden.

Informationen über die Angebote in der Stadt, Organisationen und Einrichtungen, die sich für ein geschlechtergerechtes Miteinander in der Stadtgesellschaft einsetzen, finden sich im Handbuch „Frauen in München“, das als pdf online über die Website der Gleichstellungsstelle zum Download bereit steht:

[↑ Web www.muenchen.de/gst](http://www.muenchen.de/gst)

MÄNNER BEI DISKUSSIONEN ZU HEFTIG → GESCHÜTZTE RÄUME SIND WICHTIG FÜR FRAUEN!

Wirksam werden

Es wäre sinnvoll, verschiedene Beteiligungs- und Gestaltungsformen anzudenken. Dialogtische waren eine Form für die Studie, doch es gibt viele weitere Ansätze in unterschiedlichen Bereichen. Wichtig ist, dass an runden Tischen nicht einfach nur geredet wird, sondern tatsächlich Ergebnisse entstehen, die in die Welt kommen und Folgen haben.

Zeit ist ein kostbares Gut in unserer Gesellschaft, das gilt besonders für die weibliche Hälfte der Bevölkerung. Ein politisches Engagement muss attraktiv sein und außerdem etwas bewirken können.

Die Ergebnisse der heutigen Diskussionen auf der Frauenkonferenz werden in die Gleichstellungskommission mitgenommen und dort besprochen, um mit den Erkenntnissen weiterzuarbeiten. Durch die vielfältigen Kontakte werden sie weitergegeben an die Stadt München, Frauenverbände, freie Träger und die Politik, dadurch werden sie an Schaltstellen wirksam. Nicht zuletzt wirkt alles auf der Konferenz Diskutierte durch die mehr als 400 Frauen (und durch einige Männer), die anwesend sind und es weitertragen.



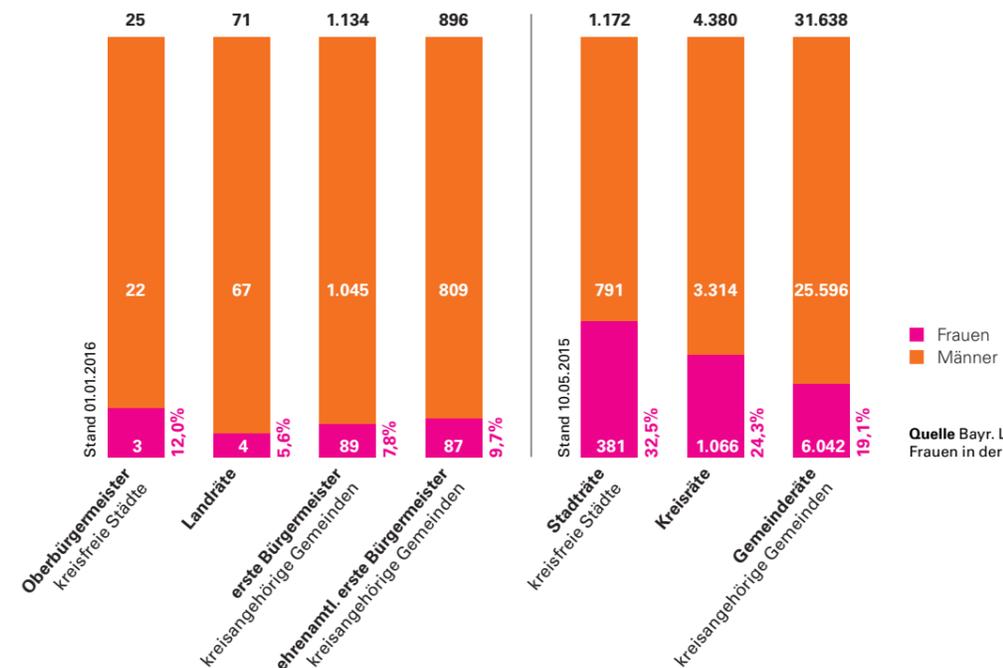
Eine Studie im Auftrag der Gleichstellungsstelle München (2018), von Ingegerd Schäuble und Oranna Erb, Schäuble Institut für Sozialforschung

„Wählen und Gestalten – Motivationen und Einstellungen von Münchner Frauen zu politischer Mitwirkung und Wahlen“ als PDF-Datei zum Download über [↑ Web www.muenchen.de/gst](http://www.muenchen.de/gst) oder als Print-Ausgabe im Büro der Gleichstellungsstelle München

Frauen sind sehr darauf trainiert zu sehen, was sie nicht können!

GESELLSCHAFTSPOLITISCH AKTIVE FRAUEN ÜBER THEMEN ABHOLEN → MODERIERTE GRUPPEN → GUTES KLIMA

Frauenanteil bei den Kommunalwahlen in Bayern 2014



Quelle: Bayr. Landesamt für Statistik, Frauen in der Wahlstatistik Bayerns, 2016

Podiumsdiskussion



Podiumsdiskussion



Podiums- diskussion

Konzeption und Organisation

Nicole Lassal
Gleichstellungsstelle
für Frauen

Moderation Prof. Dr. Angela Koch

Kunstuniversität Linz

Podiums- teilnehmerinnen

Frauenpolitische Perspektiven auf Demokratie und Beteiligung

Vertreterinnen aus verschiedenen Netzwerken und gleichstellungs- politischen Bezügen diskutieren.

Bettina Messinger (Stadträtin München SPD,
Vorsitzende Gleichstellungskommission)
Lieve Liers (Netzwerkfrauen Bayern)
Sabine Holm (LesbenSalon)
Nesrin Gül (Migrationsbeirat München,
Gewerkschafterin)

Nach dem Rückblick auf die Erste Frauenbewegung am Vormittag nimmt die Podiumsdiskussion zum Abschluss der Frauenkonferenz die aktuelle Situation in den Fokus. Dabei geht es um die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren und der Gegenwart, das feministische Selbstverständnis und die Vielfalt des Feminismus, der heute um die Dimension der Intersektionalität erweitert ist. Intersektionalität steht für Überkreuzungen, Verwobenheiten und Wechselwirkungen von Dimensionen sozialer Ungleichheit und betrachtet Diskriminierungen aufgrund von zum Beispiel Hautfarbe oder Geschlecht nicht mehr isoliert.

Die Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion berichten aus ihrer Arbeit und geben eine Einschätzung zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für die Frauenbewegung.



Sabine Holm: „Feminismus ist lebensrettend – nicht nur für Lesben, sondern die ganze Gesellschaft!“

Die „altgediente feministische Aktivistin“ Sabine Holm, Mitbegründerin unter anderem von dem Frauenbuchladen „Lillemors“ und dem LesbianSalon, blickte auf ihre eigenen Erfahrungen und die Entwicklung der Lesben- und Frauenbewegung zurück.

In den 50er und 60er Jahren wurden Lesben gesellschaftlich heftig diskriminiert und ausgegrenzt. Seit Ende der 60er Jahre begannen sie sich in der Frauenbewegung zu engagieren, denn „Feminismus wirkt lebensrettend – nicht nur für Lesben, sondern die ganze Gesellschaft“. Lesben und Hetero-Frauen waren gemeinsam von der Vielfalt begeistert, sahen sich wechselseitig als Anregung und Gewinn. Mit dem Slogan „das Private ist politisch“ wurde der Politik-Begriff durch persönliche Erfahrungen erweitert. Der Austausch der Erfahrungen verdeutlichte die gesellschaftlichen Strukturen der Diskriminierung und der Ausgrenzung von Frauen und Lesben.

Der „tanzende Kampf“ war Teil des Selbstverständnisses, die Frauenbewegung machte und macht immer noch Spaß. Die Aktionen waren von Demos, Kiss-Ins, Theater und großen Frauenfesten begleitet, eine blühende feministische Subkultur entstand. Befeuert von der Stimmung des Ausbruchs begannen Lesben sich zunehmend zu outen.

1975 gründeten dann fünf Frauen „Lillemors“ in München, die erste Frauenbuchhandlung in Deutschland(!), als Teil der autonomen Bewegung, die sich zunehmend öffentlich sichtbar und politisch wirksam machen wollte.



Nesrin Gül: „Egal ob Migrationshintergrund oder nicht, wir sollten zusammen halten, nur so erreichen wir unsere Ziele.“

Die Frauenbewegung war lange sehr weiß und sehr deutsch, seit Ende der 80er Jahre protestierten Migrantinnen und schwarzen Frauen gegen ihre Unsichtbarkeit. Sie brachten seit den 90er Jahren vehement ihre Stimmen ein und machten auf den allgegenwärtigen Rassismus aufmerksam.

Nesrin Gül, eine der drei Frauen des Vorstands des Migrationsbeirats München, thematisierte die Mehrfachdiskriminierung von Migrantinnen. Im Migrationsbeirat gibt es keinen eigenen Frauen-Ausschuss, die Durchsetzung von Gleichberechtigung wird als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder verstanden, ist eigener Tagesordnungspunkt in jedem der Ausschüsse. Für ganz Bayern arbeitet das Migrantinnen-Netzwerk, das sich 2013 als bundesweit erster Zusammenschluss von Migrantinnen auf Landesebene gründete.

Ein wichtiges Anliegen der Migrantinnen ist das Thema Genitalverstümmelung, das aktuell vom Migrationsbeirat eingebracht im Stadtrat diskutiert wird.

Eine grundlegende Forderung ist das kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die hier leben. Viele sind hier geboren, sind fester Teil dieser Gesellschaft, dürfen aber nicht politisch mitbestimmen.

Das Ziel von Gerechtigkeit und Gleichstellung in allen Bereichen kann nur erreichbar werden, wenn alle an einem Strang ziehen und sich nicht teilen lassen. Gemeinsam sind wir stark!



Lieve Liers: „Wir sind nicht nur behindert, wir werden behindert. Deshalb: Nichts über uns – ohne uns!“

Lieve Liers von den Netzwerkfrauen Bayern schildert die Mehrfachdiskriminierung von Frauen mit Behinderung, die vielen Vorurteile und Nachteile, mit denen sie zu kämpfen haben, und die bislang viel zu wenig wahrgenommen werden. Sie artikuliert es deutlich: „Wir sind nicht nur behindert, wir werden behindert!“ Im Netzwerk findet viel direkte wechselseitige Unterstützung statt, es ist aber auch eine Brücke zur Politik. Ein erster Erfolg ist eine gynäkologische Ambulanz für Frauen mit Mobilitätseinschränkungen ab dem Jahr 2019 in München. Neben der klassischen politischen Arbeit bedienen sie sich kreativer Aktionen, um öffentlich und lautstark auf Missstände im Stadtraum hinzuweisen. Die Performance-Theater-Tanzgruppe „abArt“ veranstaltete zusammen mit einer Künstlerin Schreiperformances zur Barrierefreiheit – sie kreischten unüberhörbar, um allen zu zeigen, dass zum Beispiel die Toiletten im städtischen Kunstraum Lothringer 13 für sie unerreichbar, weil nur über Stufen zugänglich, sind.

Barrierefreie Zugänge und eine entsprechende leichte Sprache, Assistenz sowie Hilfsmittel sind wichtige Voraussetzungen, damit Frauen mit Behinderung sich gesellschaftlich und politisch einbringen können. Wichtig ist zum Beispiel die Möglichkeit der Briefwahl.

Sie möchten sichtbarer werden, auch in der Frauenbewegung, dafür ist die stärkere Verbindung von Behindertenhilfe mit frauenspezifischen Themen nötig.

Gewalt an Frauen mit Behinderung ist ein gravierendes Problem, denn Studien zeigen, dass sie viel öfter von Gewalt betroffen sind als andere Frauen. Frauen mit Behinderung wollen mitbestimmen, vor allem wenn es um sie selbst geht, deshalb lautet ihre Grundforderung: „Nichts über uns – ohne uns!“



Bettina Messingers Zukunftsvision: „Wir haben nicht nur das Paritätsgesetz, sondern eine Politik, die sich insgesamt so verändert hat, dass Frauen gerne mitarbeiten.“

Bettina Messinger, Stadträtin und Vorsitzende der Gleichstellungskommission, berichtet von ihrem Ein- und Aufstieg in die Parteipolitik. Zu Beginn stand das Interesse für konkrete Themen im Stadtteil wie die Einrichtung eines geschlechtergerechter Kinderspielplatzes. Das trieb sie in denn SPD-Ortsverein, wo sie es anfangs kommunikativ eher schwierig fand und trotzdem gleich am ersten Abend das Protokollschreiben übernahm. Der Start in die Politik ist meist nicht einfach, die Strukturen oft abschreckend, aber wer nicht gleich schreiend weg rennt und sich stattdessen dauerhaft einbringt, kann wie sie, nach einer Weile Vorsitzende werden, danach in den Bezirksausschuss und schließlich in den Stadtrat gelangen. Geduld haben und dabei bleiben sind wichtige Voraussetzungen, um in der Politik weiter zu kommen.

Sehr viele weiße Männer im Alter über 50 Jahre dominieren in der Politik (und in den Gewerkschaften), es ist Zeit für einen Wandel, denn da gibt es oft inhaltlich kaum Verständnis für feministische Themen. Ein guter Ansatz sind verbindlich paritätische Wahllisten, auf denen sich weibliche und männliche Kandidaten abwechseln müssen.



Aktuell gilt es dringend, sich dem Problem des wachsenden Rechtspopulismus zu stellen, gezielt Strategien zu entwickeln und Weichen zu stellen, damit er sich in der Gesellschaft nicht weiter ausbreitet. Dafür macht es Sinn, sich auf die solidarischen Qualitäten zu beziehen, die sich schon lange bewährt haben. Wobei die Solidarität nichts ignorieren darf, stattdessen sollten Unterschiedlichkeiten wahrgenommen, anerkannt und miteinander besprochen oder verhandelt werden. Die Auseinandersetzung darf nicht zur Spaltung führen, sondern dazu, gemeinsam zu agieren und zusammen politisch aktiv zu werden für den Erhalt und Ausbau einer bunten, vielfältigen Welt, in der keine Menschen ausgegrenzt werden.

„Was verstehen wir unter dem Rechte der Frau? Nichts anderes als das Recht des Menschen überhaupt!“

Anita Augspurg



Geschlechterrollen, Gender Pay Gap und die Folgen – nach wie vor wichtige Themen für Gegenwart und Zukunft

Geschlechterrollen werden auch heutzutage noch sehr stereotyp zugeschrieben.

Zum Beispiel Elternzeit: die ein- oder mehrjährige Pause im Arbeitsleben, wenn Kinder geboren werden, wird von der großen Mehrheit der Mütter in Anspruch genommen, aber nur von sehr wenigen Vätern.

Für Frauen bedeutet das eine gravierende Entwicklungshemmung im Beruf und ist eine von mehreren Ursachen für den Gender Pay Gap. Frauen verdienen durchschnittlich 21 Prozent weniger als gleich qualifizierte Männer. Die Rückkehrmöglichkeit aus der Teil- in Vollzeit (eine klassische Frauenfalle) ist immer noch nicht garantiert. Außerdem gibt es nach wie vor viel zu wenige weibliche Aufsichtsräte und Vorstände.

Das alles bedingt letztlich dann die geringen Renten von Seniorinnen, ein Bereich, in dem dringend etwas geschehen muss.

In den Medien und noch mehr der Werbung ist immer noch Sexismus alltäglich, gilt das Motto „Sex sells“. In München ist gerade ein Etappenziel erreicht worden: Der Stadtrat hat ein Verbot sexistischer Plakate auf städtischen Werbeflächen erlassen.

Aus- klang

„The March of the Women“ ist der Titel des Liedes, das die Hymne der englischen Frauenbewegung war. Die Musik stammt von der englischen Komponistin Ethel Smyth.

1910 komponiert und erstmals am 21. Januar 1911 anlässlich einer Zeremonie an der Pall Mall in London aufgeführt sowie ein weiteres Mal zu einer Veranstaltung zum Frauenwahlrecht am 23. März 1911 in der Royal Albert Hall.

Danach fand es rasche Verbreitung in ganz England. „It is at once a hymn and a call to battle“ (O-Ton eines Journalisten im Magazin Votes for Women).
Quelle Wikipedia



1910/11
The March of the Women



Ausklang

Melodiva
Lesbenchor

Musik
Ethel Smyth
(1858–1944)
Text
Cicely Hamilton
(1872–1952)



Links

↑ Web

Frauenkonferenz Beteiligte

Archiv der deutschen Frauenbewegung
www.addf-kassel.de

Care.Macht.Mehr
www.care-macht-mehr.com

DGB-Frauen Bayern
www.bayern.dgb.de/frauen

Degfotzerten
www.facebook.com/degfotzerten
www.instagram.com/degfotzerten

FIFTITU% – Vernetzungsstelle für Frauen*
in Kunst und Kultur in OÖ
www.fiftitu.at

Frauenakademie München e.V.
www.frauenakademie.de

Frauenhilfe München
www.frauenhilfe-muenchen.de

Frauenstudien München
www.frauenstudien-muenchen.de

Julia Jäckels
Blog Dilemmama
www.dilemmama.de

Podcast Abendgrün
www.abendgruen.com

KOFRA – Kommunikationszentrum
für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation
www.kofra.de

Kreische_Barriere
www.abart-performance.org/portfolio/kreische_barriere_1/
www.veronikadimke.de/werk/filme/kreische-3/kreische_barriere1/

Lillemors Frauenbuchladen München
www.frauenliteratur.de

Melodiva Lesbenchor München
www.melodiva.com

Migrantinnen-Netzwerk Bayern
www.migrantinnen-bayern.de

Migrationsbeirat München (mit einem
rein weiblichen Vorstand)
www.migrationsbeirat-muenchen.de

Münchner Bündnis „Aktiv gegen
Männergewalt“
www.aktiv-gegen-maennergewalt.de

Münchner Frauenforum
www.muenchner-frauenforum.de

Münchner Frauennetz
www.frauennetz-muenchen.de

Netzwerkfrauen Bayern
www.netzwerkfrauen-bayern.de

Rosa Kempf
https://de.wikipedia.org/wiki/Rosa_Kempf

Schäuble Institut für Sozialforschung
www.schaeuble-institut.de

Slutwalk München
www.slutwalk-muenchen.blogspot.com

Stadtbund Münchner Frauenverbände
www.frauenverbaende.de

Stadtratskommission
zur Gleichstellung von Frauen
www.muenchen.de/gst

Verein für Fraueninteressen
www.fraueninteressen.de

„Wer braucht Feminismus?“
Mobilisierungskampagne u.a.
mit Wanderausstellung
www.werbrauchtfeminismus.de

↑ Web

Informieren und Netzwerken

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland
www.100-jahre-frauenwahlrecht.de

Aktionsbündnis „Parité in den Parlamenten“
www.aktionsbueundnis-parite.de

Digitales Deutsches Frauenarchiv (DDF),
interaktives Fachportal zur Geschichte der
Frauenbewegungen in Deutschland
www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de

Europäische Charta für die Gleichstellung
von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
www.muenchen.de/gst

Handbuch „Frauen in München“
www.muenchen.de/gst

ThemenGeschichtsPfad: Die Geschichte
der Frauenbewegung in München
www.muenchen.de/gst

„Menschenrechte haben
kein Geschlecht.“
Hedwig Dohm

